

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Studenten-Streiks

◆ Zu den Streiks an deutschen Hochschulen ◆ Berichte dazu aus Frankfurt, Bremen, Bochum ◆ Standortvertrag Opel-Bochum ◆ Berlin: Proteste der Kirchenbeschäftigten ◆ Koalitionsvertrag von SPD und GAL in Hamburg ◆ Hamburg: Wie weiter in der GEW? ◆ Das Ende von Ortman & Herbst in HH ◆ Streiks im spanischen Bergbau

Der Streik an den deutschen Hochschulen im Wintersemester 1997/98

Als am 28. Oktober letzten Jahres ein Dozent an der Universität Gießen in seiner mit 500 Teilnehmern völlig überfüllten Pädagogik-Veranstaltung die jüngeren Semester aufforderte, – wie in den letzten Jahren üblich – zugunsten der älteren Semester den Raum zu verlassen und nach ihrer Weigerung, dieser Forderung Folge zu leisten, das Seminar abbrach, ahnte noch niemand, daß dies den Auslöser für die größte Streikbewegung an deutschen Hochschulen seit 1968 darstellen würde.

Auf dem Höhepunkt der Bewegung wurden bundesweit fast 130 Hochschulen mit über 800.000 Studierenden bestreikt. Insgesamt zogen sich die Streiks an den einzelnen Hochschulen von Ende Oktober bis Mitte Januar hin. Zumeist wurde zwischen zwei und vier Wochen gestreikt. Am längsten hatte der Vorlesungsboykott in Gießen Bestand, wo die Lehrveranstaltungen über fünf Wochen ausfielen. Einschränkend ist dabei allerdings anzumerken, daß der Streik in einer ganzen Reihe von Hochschulen nicht die gesamte Hochschule, sondern nur einen Teil der Fachbereiche erfaßte und er in ein paar Hochschulen auch nur einen einzigen Tag dauerte. Die Schwerpunkte lagen in Hessen und Nordrhein-Westfalen, wo kaum eine Hochschule vom Streik ausgenommen blieb.

Mit einer Vielzahl von Aktionen und Demonstrationen versuchten die Streikenden, auf die miserable Lage an den Hochschulen (siehe den Kasten zur Entwicklung der Hochschulen) aufmerksam zu machen und die Bundesregierung sowie die Landesregierungen zu Zugeständnissen zu bewegen. Die Teilnehmerzahlen erreichten dabei örtlich wie auch regional Größenordnungen, die studentische Proteste selbst Ende der 60er kaum je zu verzeichnen hatten. So demonstrierten selbst bei lokalen Demonstrationen in mittelgroßen Universitätsstädten wie Gießen, Paderborn oder Regensburg 5000 bis 8000 Studierende. Bei den zentralen landesweiten Demonstrationen am 4. Dezember waren es in Düsseldorf 40.000, in Berlin 30.000, in Hamburg 20.000, insgesamt über 130.000¹ (siehe Kasten dazu).

Die Umarmungsstrategie der Herrschenden

Zu Beginn unterschieden sich die Stellungnahmen der Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und den Hochschulen selbst wie auch die öffentliche Reaktion der Journalisten spürbar von ihrem Verhalten bei vergleichbaren Aktionen in der Vergangenheit. Eine Welle von öffentlich bekundeter

¹ Alle Zahlenangaben beruhen auf offizielle Meldungen in der Presse

Sympathie ergoß sich über die Protestierenden. Mit wenigen Ausnahmen waren sich alle darin einig, daß die Klagen der Studierenden über die schlechten Studienbedingungen berechtigt seien.

Hinsichtlich der Lösungsvorschläge herrschte eine eben solche Einigkeit unter den professionellen Beobachtern allerdings keine mehr mit den Streikenden. Daß es ohne Studiengebühren, in welcher Form auch immer, auf Dauer nicht gehen werde, da einfach kein Geld in den öffentlichen Kassen sei, daß die Hochschulen stärker leistungsorientiert aufzubauen müßten und eine engere Verzahnung zwischen ihnen und den Unternehmen vonnöten sei, um zur Sicherung der Wirtschaftsstandorts Deutschland zu leisten, daß eine Neustrukturierung des Studiums im Sinne einer Aufteilung unmittelbar berufsorientierte Kurz- und stärker wissenschaftsorientierte Langstudiengänge anzustreben sei, um die große Masse der Studierenden schneller zu einem Abschluß zu bringen, all dies wurde allgemein als unumgänglich akzeptiert. Die Proteste der Studierenden seien daher zwar verständlich, letztlich aber ohne Erfolgsaussicht und in der Form, der des Streiks nämlich, sogar unsinnig. Kontroverse Positionen waren in den Medien selten zu hören. Symptomatisch für diese weitverbreitete »Einsicht in die Notwendigkeiten« war die Sendung des WDR Presseclubs zum Thema Hochschulen im November. Alle anwesenden Pressevertreter von der »Zeit« über die »Süddeutsche Zeitung« bis zur »FAZ« betonten unisono, daß – bei aller Sympathie für die protestierenden Studierenden – den oben genannten Anforderungen selbstverständlich Rechnung getragen werden müsse. WDR-Chefredakteur Pleitgen blieb am Schluß

INHALT

Der Streik an den deutschen Hochschulen 1997/98.....	
Chronik der Demonstrationen	
Zur materiellen Entwicklung an den Hochschulen	
Das Drei-Körbe-Modell	5
Bremen: »Nix Lucky Strike«	7
Frankfurt:	
»Unpolitische« Studenten gegen das »Standortdenken« .	
Bericht aus Bochum: Der Streik in Bochum	
Korrespondenzen	
Bochum: Standortvertrag bei Opel	11
Berlin-Brandenburg:	
Gegen Kündigungen und Abbau tariflicher Leistungen .	1
Aufruf zum landeskirchenweiten Aktionstag	1
Hessen: Konflikte im DGB Main-Kinzig/Offenbach	1
Hamburg:	
Kommunale Finanzmisere verstärkt Arbeitslosenproblem .	1
Wohlklingende Formeln verdecken die Kapitulation ...	2
Hamburg: Wie weiter in der GEW?	24
Hamburg: Wie lange bestimmen Banken & Unternehmer? .	2
Spanien: Überlebenskämpfe der asturischen Bergleute ..	2

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● Berlin-West: »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● Berlin-Ost: »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 -16 ● Bonn: »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● Bremen: »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● Essen: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● Frankfurt/Main: »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● Göttingen: Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● Halle: Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● Hamburg: »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● Hanau: »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● Hannover: »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● Kassel: »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● Kiel: »Zapata« Buch-

der Sendung deshalb nichts anderes übrig, als diese Einmütigkeit herauszustellen.

Die politische Bewertung der Proteste und ihrer Ergebnisse war denn auch ebenso einheitlich. Bis auf wenige Ausnahmen wie etwa die Kommentare von Mathias Greffrath in der »Süddeutschen Zeitung« oder Ullrich Fichtner in der »Frankfurter Rundschau« beherrschten Begriffe wie »*Möchtegern-Rebellen*«, »*Aufstand der Kuschehtiere*«, »*mangelnde Professionalität*«, »*Gescheiterter Protest*« in den letzten Wochen die Berichterstattung zu den landesweiten Streiks, Protestaktionen und Demonstrationen. Unter den Journalisten wie den Politikern taten sich dabei tatsächliche oder vorgebliche Ex-68er in dieser Hinsicht ganz besonders hervor. Sie wiesen immer wieder auf den ihrer Ansicht nach entscheidenden Unterschied zwischen den Protesten 1968 und heute hin. Damals sei es den Demonstranten um eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft und um allgemeine politische Ziele wie Demokratie und Gleichheit gegangen, heute dagegen ganz profan nur um mehr Geld. »*Eine Vernetzung mit den anderen großen innenpolitischen Themen scheint nicht stattzufinden*«, so eine typische (im Unterschied zu vielen anderen Äußerungen immerhin noch mit etwas Vorsicht formulierte) Aussage auf der Hochschulseite der »Süddeutschen Zeitung« vom 29./30. November. Das von den Medien seit Jahren so gern und ausdauernd gepflegte Bild von der unpolitischen, konsumorientierten und eigennütigen Generation der heutigen Jugendlichen wurde in diesen Artikeln immer und immer wieder bekräftigt. Wer sich nur anhand der bundesdeutschen Medien ein Bild über die Situation an den deutschen Hochschulen machen konnte, mußte so fast zwangsläufig den Eindruck gewinnen, in dem Streik gehe es nur ums Geld und den Streikenden sei bestenfalls Naivität zu attestieren.

Die materiellen Ergebnisse des Streiks

Die Herrschenden waren sich im Grunde denn auch einig in der Einschätzung, daß von diesen Protesten keine ernsthafte Gefahr ausgehe. Bundeskanzler Kohl hob sogar lobend hervor, daß es den heutigen Protestlern im Unterschied zu den 68ern nicht darum gehe, »*den Staat umzustürzen*« oder »*seine Verfassung zu ändern*«. Dementsprechend sehen die Reaktionen der verantwortlichen Regierungen bislang aus. Im großen und ganzen wurde alles auf die lange Bank geschoben. Nur in zwei Punkten hatte der Streik direkte materielle Folgen. Es wurde ein (völlig unzureichendes) Hilfspaket von 60 Mio. DM für die bessere Ausstattung der Bibliotheken in Aussicht gestellt, und es wurde eine Anhebung des BAföG beschlossen. Sie macht jedoch nicht einmal die in den letzten zwei Jahren durch die Neuregelung des Kindergelds erfolgten Kürzungen wett und wird in dieser Form an der weiteren kontinuierlichen Reduzierung der staatlichen Ausbildungsförderung auch nichts Nennenswertes ändern. Einzig in einem Punkt gibt es bisher einen gewissen Erfolg zu melden. Die SPD ist aufgrund des Drucks seitens der Protestierenden nicht mehr gewillt, die bisherige Zusammenarbeit mit der Koalition bei der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) im Wahljahr 1998 fortzusetzen. Bereits auf ihrer Präsidiumssitzung vom 19. Januar hatte sie deutlich gemacht, daß die Regierungskoalition angesichts ihrer kompromißlosen Haltung zu den Fragen Studiengebühren und verfaßte Studentenschaft, deren generelles Verbot bzw. generelle Einführung im HRG sie ablehnt, weder im Bundestag

noch im Bundesrat auf weitere Verhandlungen oder gar eine weitere Unterstützung ihrer Pläne rechnen kann. Dementsprechend hat sie bei der abschließenden Lesung des Gesetzentwurfs zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen und der PDS gegen den Entwurf gestimmt. Angesichts des großen Umfangs des Streiks ein etwas mageres Ergebnis, so die Reaktion vieler Beobachter, aber auch vieler Studierender. Materiell scheint der Streik kaum etwas gebracht zu haben.

Die Zielrichtung der Proteste

Dieser erste Eindruck muß bei näherem Hinsehen allerdings entscheidend korrigiert werden. Die politische Dimension des Streiks und seine langfristigen Folgen werden durch eine ausschließlich auf die direkten materiellen Erfolge konzentrierte Betrachtungsweise nämlich weitgehend verfehlt. Der Streik hat zu einer enormen Politisierung der Studierenden an den deutschen Hochschulen geführt und die Situation an den Hochschulen und die gesamte Bildungspolitik erstmals seit langer Zeit wieder zu einem zentralen Thema der politischen Diskussion gemacht. Das hat zum einen materielle Konsequenzen. Es dürfte den Regierungen in nächster Zeit nicht mehr so leicht wie bisher fallen, im Bildungsbereich zu sparen, dies ein erster, allerdings nicht quantifizierbarer Erfolg des Streiks. Zum anderen, und das ist die wirklich wichtige Folge des Streiks, hat er das politische Klima an den Hochschulen ganz wesentlich verändert.

Dieser Prozeß ist in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden. Das hat entscheidend mit der Berichterstattung der Medien zu tun. Sie zeichnete sich von Anfang an durch zwei grundlegende Positionen aus: Den Studierenden gehe es bei den Protesten nur ums Geld, und sie seien durch und durch unpolitisch. Dieser fast alle Berichte prägende Tenor verfehlt die Wirklichkeit in mehrfacher Hinsicht. Soweit es die Forderungen der Protestierenden betrifft, konzentrierten sie sich durchaus nicht nur auf den finanziellen Aspekt. Sie richteten sich nicht ausschließlich, wie der direkte oder indirekte Vorwurf lautet, im späteren Verlauf des Streiks nicht einmal mehr überwiegend auf die Bereitstellung umfangreicherer Finanzmittel für die Hochschulen und die Studierenden. Es ging des Protestierenden auch um eine Reformierung der Hochschulstrukturen, die Angleichung der Bildungschancen und eine größere Unabhängigkeit der Hochschulen von der Wirtschaft. Die Forderung nach paritätisch besetzten Hochschulgremien und der bundesweiten Anerkennung der verfaßten Studentenschaft (AStA) zeigt dies ebenso wie die Ablehnung von Elitehochschulen und von Finanzierungsmodellen, die die Zahlungen an die einzelnen Hochschulen von deren Leistung, gemessen an der Einwerbung von Drittmitteln, abhängig machen wollen.

Es geht bei allen diesen Forderungen im wesentlichen um zwei Punkte: Erstens sollen die Plane von Wirtschaft und Politik durchkreuzt werden, die durch die Einführung von kurzen, ausschließlich der Vermittlung von unmittelbar berufsbezogenem Wissen dienenden und langen, auch wissenschaftliches Arbeiten beinhaltenden Studiengängen (nach dem Muster der angelsächsischen Bachelor- und Masterabschlüsse) wie auch die Gründung von privaten Eliteuniversitäten eine Aufspaltung der Studierenden in eine große Masse von »normalen« qualifizierten Angestellten und eine kleine »Elite« von zukünftigen Führungskräften und Wissenschaftlern vorsehen. Zweitens soll dem von Seiten des Staates und der Wirtschaft forcierten Modell einer inhalt-

Chronik der Demonstrationen

5. November	8000 Demonstranten in Gießen
12. November	10.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Wiesbaden 2000 Demonstranten in Bremen
19. November	9000 Demonstranten auf bundesweiter Demonstration in Marburg
24. November	8000 Demonstranten auf bundesweiter Demonstration in Darmstadt
25. November	14.000 Demonstranten auf bundesweiter Demonstration in Frankfurt
26. November	15.000 Demonstranten in Berlin 2500 Demonstranten in Landau 1500 Demonstranten in Fulda 2000 Demonstranten in Bochum
27. November	40.000 Demonstranten auf bundesweiter Demonstration in Bonn 7000 Demonstranten in Regensburg 6000 Demonstranten in Göttingen 5000 Demonstranten in Kiel 5000 Demonstranten in Paderborn
1. Dezember	2000 Demonstranten in Hamburg 1000 Demonstranten in Duisburg
2. Dezember	20.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in München
3. Dezember	3000 Demonstranten in Weimar 1000 Demonstranten in Dresden
4. Dezember	40.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Düsseldorf 30.600 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Berlin 20.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Hamburg 13.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Freiburg 10.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Mainz/Wiesbaden 10.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Hannover 6000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Nürnberg 2000 Demonstranten in Erlangen 1500 demonstrierende Schüler in Bochum
5. Dezember	4000 Demonstranten bei Demonstration von Schülern und Azubis in Frankfurt 5000 demonstrierende Schüler in Kassel
9. Dezember	15.000 Demonstranten auf landesweiter Demonstration in Stuttgart 3000 Demonstranten in Köln 2800 Demonstranten in Halle
10. Dezember	16.000 Demonstranten in Dresden 15.000 Demonstranten in Berlin 5000 Demonstranten in München 2000 Demonstranten in Erfurt 2000 Demonstranten in Aachen 1500 Demonstranten in Bayreuth 1000 Demonstranten in Ludwigsburg
18. Dezember	30.006 Demonstranten auf bundesweiter Demonstration in Bonn

22.2.1998 ■

Zur materiellen Entwicklung an den Hochschulen

Die Streiks an fast 100 deutschen Hochschulen kamen für meisten Beobachter überraschend, hatten sich die Studierende in den letzten Jahren doch eine Vielzahl von Verschlechterungen in der sachlichen und personellen Ausstattung der Hochschulen ebenso widerstandslos gefallen lassen wie die Reduzierung des BAföG. Dennoch bildeten, wenn auch oberflächlich nicht wahrnehmbar, all diese Kürzungen den Boden für die augenblicklichen Proteste. Sie schufen über die Jahre einen zunehmenden Unmut über die immer miserabler werdenden Studienbedingungen, der nur noch eines letzten Tropfens bedurfte, der den Faß dann zum Überlaufen brachte. Diesen Tropfen bildete derzeit parallel laufenden Gesetzesvorhaben zur Änderung des HRG und des BAföG.

Hochschulpolitik war seit Mitte der 70er Jahre in stetig wachsendem Maße unter dem Primat der Kosteneinsparungen betrieben worden. Wurden 1975 noch 3,8 Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts bzw. 1,32 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Hochschulen ausgegeben, so waren es 1992 nur noch 3,4 Prozent bzw. 1,17 Prozent. Dieser Reduzierung der Mittel, die seither fortgesetzt hat¹ und unter anderem darin niederschlug, daß die wissenschaftlichen Personalstellen zwischen 1975 und 1994 gerade einmal von 54.200 auf 55.200 erhöht worden sind, steht auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik in demselben Zeitraum eine Verdoppelung der Anzahl der Studierenden von gut 800.000 auf fast 1,7 Mio. gegenüber. Pro Kopf sind die Ausgaben für jeden Studierenden an den westdeutschen Hochschulen seit 1980 unter Berücksichtigung der Inflation um zirka

¹ Angaben für die weiteren Jahre werden vom Statistischen Bundesamt, dem BMB/WFT für das alte Bundesgebiet nicht mehr veröffentlicht, so daß ein Vergleich nicht möglich ist.

lich wie strukturell noch stärker von wirtschaftlichen Interessen bestimmter Hochschule ein Gegenmodell einer stärker demokratisch verfaßten und nicht einfach der »Standortlogik« unterworfenen Hochschule entgegengesetzt werden. Der Vorwurf, die Studierenden als die »Kinder aus den mittleren und gehobenen Schichten« der Gesellschaft wollten auf Kosten der »kleinen Leute« noch mehr Geld, geht deshalb im Kern ins Leere.

Auch die »Forderungen« auf eine umfassendere finanzielle Ausstattung der Hochschulen und eine durchgreifende Verbesserung der Ausbildungsförderung gerichteten Forderungen der Studierenden enthalten weit mehr gesellschaftskritische Aspekte, als die gängige Berichterstattung vermuten läßt. Die Forderung nach mehr Geld für die Hochschulen wurde damit begründet, daß nur so die ständig zunehmende Abhängigkeit der universitären Forschung von den Drittmitteln der Wirtschaft abgebaut werden könne. Bei der Forderung nach Verbesserung der staatlichen Unterstützung für Studierende, die in den Medien immer als exemplarisches Beispiel für die bornierte und zumindest teilweise egoistische Sichtweise der demonstrierenden Studierenden angeführt wird, stand in den Diskussionen unter den Protestierenden vor allem eines im Mittelpunkt, die seit Jahren wieder zunehmende Ungleichheit der Bildungschancen und die massive Kritik daran. Generell gilt für die Forderungen nach mehr Mitteln

Drittel reduziert worden. Nominell weisen die Hochschulen denn auch nur 970.000 Studienplätze auf. Berücksichtigt man zudem, daß mittlerweile knapp 50 Prozent der Ausgaben für die Hochschulen auf die Hochschulkliniken entfallen, die 1975 erst ein Drittel des gesamten Hochschul Etats für sich beanspruchten und zum größeren Teil eigentlich in den Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums gehören, so wird die ganze Misere deutlich, in der die deutschen Hochschulen zur Zeit stecken.

Die durch die Kürzung der Hochschulausgaben bedingten Studienverschlechterungen gewinnen zusätzlich dadurch an Schärfe, daß auch die finanzielle Unterstützung der Studierenden selbst durch den Staat in den letzten 20 Jahren drastisch abgenommen hat. Erhielten 1972 noch 45 Prozent der Studierenden BAföG, so waren es 1980 schon nur noch zirka 33 Prozent und bis heute ist dieser Prozentsatz auf 15 Prozent, in den alten Bundesländern sogar auf nur noch gut zehn Prozent gesunken. Allein zwischen 1991 und heute hat sich die Summe der BAföG-Ausgaben von gut drei Mrd. DM auf nur noch gut 1,5 Mrd. DM reduziert. Real sind das nur noch zwölf Prozent des Betrags von 1975. Pro Studierenden ist die staatliche Unterstützung seit 1975 unter Berücksichtigung der Preissteigerungen von 2050 auf 95 DM gesunken. Die unzureichende oder ganz ausbleibende Erhöhung der Elternfreibeträge ließ und läßt immer mehr Studierende aus der Förderung herausfallen. Der Anteil des durch eigene Arbeit während des Semesters oder in den Semesterferien verdienten Geldes an den Studierenden zur Verfügung stehenden Mitteln ist dementsprechend zwischen 1982 und 1991 von 19 Prozent auf 26 Prozent gestiegen und dürfte augenblicklich über der 30-Prozent-Marke liegen. Experten gehen davon aus, daß mittlerweile zirka 60 Prozent aller Studierenden während der Vorlesungszeit arbeiten müssen. Die immer länger werdenden Studienzeiten finden hierin zumindest eine wesentliche Ursache.

22. 2. 1998 ■

für die Bildung, daß sie sich direkt oder indirekt gegen eine Politik richten, die Bildung nur noch als ökonomischen Standortfaktor sieht.

Außerdem sahen und sehen sich die Studierenden bei dem Versuch, ihre Proteste und Forderungen mit stichhaltigen Argumenten zu untermauern, zunehmend gezwungen, sich intensiver mit der staatlichen Steuer- und Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen. Um den immer wiederkehrenden Hinweis auf die leeren Kassen, die keine zusätzlichen Mittel für die Hochschulen zuließen, wenigstens teilweise entkräften zu können, mußten und müssen sie sich genauer mit den Ursachen der Ebbe in den öffentlichen Kassen beschäftigen. Dabei wird deutlich, daß es neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung noch einen zweiten wesentlichen Grund für die Finanzmisere des Staats gibt, dessen Wirtschafts- und Steuerpolitik und die dadurch ermöglichten gezielten Steuervermeidungsstrategien der Unternehmen. Die im Zeichen von »Standortverbesserung« und »Entstaatlichung« in den letzten Jahren beschlossenen Steuervergünstigungen für die Unternehmen und die sogenannten »Besserverdienenden« haben ein Loch in die öffentlichen Kassen gerissen, das, nimmt man die Steuerquote von 1982 zum Maßstab bei ungefähr 135 Mrd. DM liegt die

Das »Drei-Körbe-Modell«

Das »Drei-Körbe-Modell« sieht vor, daß alle Studierenden unabhängig vom Einkommen der Eltern einen Sockelbetrag von zirka 400 DM erhalten, den ersten Korb, der dann durch einen nach bisherigem BAföG-Muster vom Einkommen der Eltern abhängigen Zuschuß, den zweiten Korb, und (in eingeschränktem Maße) ein unverzinsliches Darlehen bei Überschreitung der Regelstudienzeit, den dritten Korb, ergänzt werden soll. Finanziert werden soll dieses Modell durch die Streichung des Kindergelds und der steuerlichen Ausbildungsfreibeträge für die Eltern der Studierenden. Letzteres soll dabei auch die Ungerechtigkeit beseitigen, die bei der Freibetragsregelung daraus entsteht, daß Eltern mit hohem Einkommen erheblich mehr Steuern sparen können als solche mit niedrigem Einkommen. Da dieses Modell insgesamt höhere finanzielle Mittel erfordert als das bisherige BAföG, für das im Bundesfinanzplan für das Jahr 2001 noch einmal 50 Prozent weniger vorgesehen sind als heute, stößt es auch bei den Finanzministern der SPD-regierten Länder auf wenig Gegenliebe, wie die zwischen Bundesregierung und Bundesrat vereinbarte, ab 1.7.1998 gültige neue BAföG-Regelung zeigt. Sie wollen keinesfalls mehr ausgeben als die bisher für Kindergeld, Steuerfreibeträge und BAföG anfallenden 5,8 Mrd. DM. Die Regierungskoalition favorisiert grundsätzlich sogar ein Modell, das sogenannte »Bayern-Modell«, das weitere Einsparungen vorsieht, indem beim BAföG alles beim alten gelassen wird, die Gewährung von Kindergeld und Steuerfreibeträgen zusätzlich aber, wie bislang schon beim BAföG praktiziert, an den Nachweis von Leistungsscheinen und Prüfungen und die Einhaltung der Regelstudiendauer gebunden wird.

Z.Z. 1998 ■

Prozent lag, ist inzwischen auf nur noch 7,1 Prozent gesunken. Die Verantwortung der herrschenden neoliberalen Politik für die derzeitige Lage der Hochschulen wird hier deutlich. Dies gilt im übrigen nicht nur für die unmittelbare Finanzierung der Hochschulen. In der Diskussion über ein neues BAföG-Modell hat Bundesbildungsminister Rüttgers das vom deutschen Studentenwerk maßgeblich entwickelte und von den Wissenschaftsministern der meisten Bundesländer favorisierte sogenannte »Drei-Körbe-Modell« (siehe Kasten) u.a. mit der Begründung abgelehnt, es konterkarriere »die aktuelle Tendenz zu mehr privater Vorsorge und zur Rückführung des staatlichen Sektors«. Diese Äußerung demonstriert jene politische Grundhaltung, die unter dem Primat der Standortsicherung im internationalen Konkurrenzkampf die Kürzungen an den Hochschulen ebenso vorangetrieben hat wie den Sozialabbau in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Stimmung unter den Protestierenden

Was von den Medien im Vergleich zur 68er-Bewegung betont wurde, war das Fehlen großer gesellschaftlicher Gegenwürfe seitens der Protestierenden. Diese Beobachtung ist erst einmal nicht falsch. Sie registriert die allgemeine Rat- und Alternativlosigkeit, die das Ende der »real existierenden Sozialismus« und das Scheitern bzw. die Integration früherer



nimmt die Veränderungen nicht wahr, die sich unterhalb dieser Ebene in den Köpfen der Studierenden vollzogen hat.

Die vielfältigen Diskussionen an den Hochschulen über das BAföG, die Studiengebühren, die Demokratisierung der Hochschulstrukturen, den direkten (über Drittmittel) oder indirekten (über die Standortlogik erfolgenden) Einfluß der Wirtschaft oder die Einführung von Kurz- und Langzeitstudiengängen führen im Kern immer wieder auf gesamtgesellschaftliche Probleme. Wer sich zum Beispiel gegen die Einführung von Studiengebühren wendet oder die Verbesserung der Ausbildungsförderung fordert, muß sich über kurz oder lang auch mit Fragen wie der »gerechten« Verteilung von Bildungschancen oder der staatlichen Steuer- und Wirtschaftspolitik befassen. In den Debatten unter den Studierenden ist das auch zu beobachten. Außerdem sind die Fronten in der Bildungsdiskussion durch zahlreiche Äußerungen von prominenten Wirtschaftsvertretern und Politikern klarer geworden, die vor allem die Einführung von Studiengebühren und die Aufteilung in Massen- und Elitestudiengänge als notwendige Schritte für die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hochschulen fordern.

Insgesamt ist an den Universitäten und Fachhochschulen eine Politisierung zu beobachten, wie es sie dort seit langer Zeit nicht mehr gegeben hat. Dies zeigt sich u.a. in den Wahlen für die Studierendenparlamente, die an einigen Universitäten in den letzten Wochen stattgefunden haben. Die Beteiligung ist zwar nach wie vor gering, die im Streik aktiven Kräfte haben aber deutlich an Einfluß gewonnen, und zugleich ist eine deutliche politische Polarisierung unter den Studierenden zu beobachten.

Insgesamt beginnt die Politisierung zwar vielfach am Punkt Null, weil anders als bei den Hochschulstreiks Ende der 70er und Ende der 80er Jahre personell und inhaltlich so gut wie keine Verbindungen mehr zu den Ereignissen und politischen Theorien der späten 60er besteht, das ist aber nicht nur von Nachteil. So sehr die anfängliche Naivität und das mangelnde analytische Niveau der meisten Protestierenden viele »Altlinke« den Kopf schütteln ließ, sei es aus Verärgerung, Resignation oder zur Schau gestellter tatsächlicher oder vermeintlicher intellektueller Überlegenheit, so positiv wirkt sich diese Unbefangenheit andererseits auf das allgemeine Diskussionsklima aus. Es werden vielfach wieder Argumente ausgetauscht statt nur schon zuvor feststehender Standpunkte, und es wird bei den Diskussionen in der Regel auch zugehört, weil unter den Studierenden und vor allem den Aktiven ein starkes Interesse an Information existiert. Vertreter politischer Organisationen hatten es daher durchweg schwer, Gehör zu finden, wenn sie als Repräsentanten ihrer Organisationen auftraten und deren Positionen darstellen wollten. Die Abneigung allen Parteien gegenüber war und ist unter den Studierenden tief verwurzelt und traf während des Streiks so gut wie jeden, der in seiner Argumentation oder in seinem Auftreten an das Gebaren der offiziellen Parteivertreter erinnerte.

Im Verlauf des Streiks hat sich dann eine deutliche Polarisierung an den Hochschulen gezeigt. Vor allem bei den



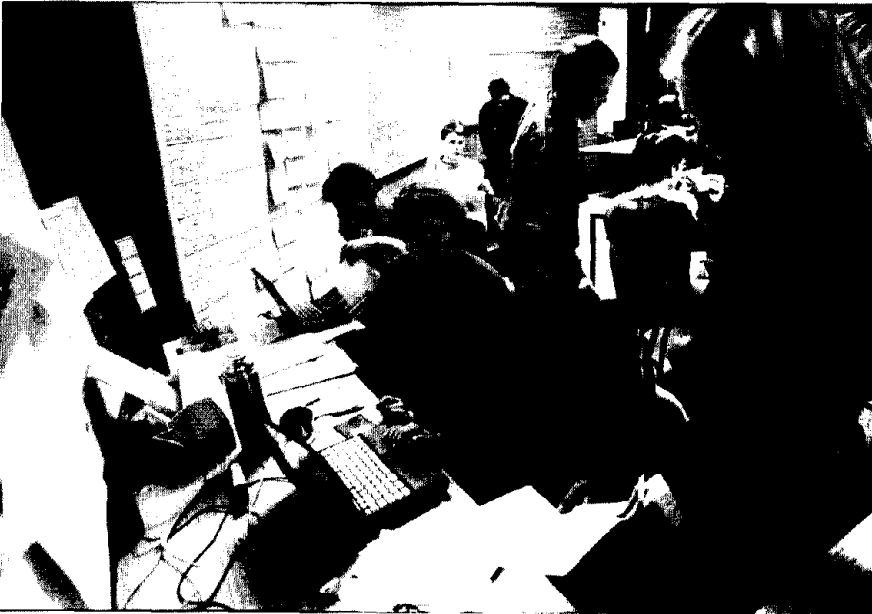
Wirtschaftswissenschaftlern hat sich sehr früh eine Mehrheit gegen den Streik gewandt. Hier zeigt sich der

HAMBURG: DER AKADEMISCHEN SENAT IN AKTION:
STUDENTISCHE ANTRÄGE
WERDEN ABGELEHNT

Einfluß der die Wirtschaftswissenschaften seit langer Zeit dominierenden Doktrin des Neoliberalismus mit ihrer Forderung nach vollkommen freier ökonomischer Konkurrenz und Deregulierung auf allen Ebenen, das heißt Abbau des »Sozialstaats«, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, völlige Öffnung der Finanzmärkte etc. Er bestimmt in großem Maße das Denken der Studierenden dieses Faches und läßt sie die Lösungsvorschläge der Vertreter aus Wirtschaft und Politik weitgehend als realistisch und auch sinnvoll beurteilen, obwohl die Studierenden der Wirtschaftswissenschaften – im Unterschied etwa zu denen der Ingenieurwissenschaften, die aufgrund der stark, zum Teil um über 50 Prozent gesunkenen Anfängerzahlen tatsächlich relativ gute Studienbedingungen und damit weniger Grund zum Protest haben – von der Überfüllung der Hörsäle und den anderen Verschlechterungen der Studienbedingungen ebenfalls massiv betroffen sind.

Das Ende des Streiks ist allerdings nicht nur auf den zunehmenden Widerstand der Wirtschaftswissenschaftler als der mit zirka 170.000 Studierenden stärksten Einzelgruppe an den Universitäten und gut 62.000 immerhin noch zweitstärksten an den Fachhochschulen zurückzuführen. Die Studierenden waren nach bis zu fünf Wochen Streik angesichts der ausbleibenden Reaktion staatlicher Stellen einfach müde. Außerdem wollten sie in ihrer großen Mehrheit das Semester nicht verlieren. Dementsprechend begann der normale Studienbetrieb nach den Weihnachtsferien an fast allen deutschen Hochschulen wieder.

Die Rückkehr zur »Normalität« bedeutet jedoch nicht zwangsläufig totale Resignation. Man hat die Erfolgsaussichten eines Streiks studentischerseits von vornherein relativ skeptisch beurteilt, so daß die ausbleibenden materiellen Erfolge nicht zu einer vollkommenen Enttäuschung geführt haben. Enttäuschung ist zwar nicht zu leugnen, relativ verbreitet ist (vor allem unter Aktiven) aber auch eine Sicht der Dinge, die die Veränderung in den Köpfen der Studierenden und im politischen Klima an den Hochschulen und nicht die unmittelbaren materiellen Erfolge in den Mittelpunkt stellt.



HAMBURG: DER STREIKAUS-
SCHUSS IN AKTION:
STUDENTISCHE INITIATIVEN
WERDEN KOORDINIERT

Diese Betrachtungsweise
erfaßt das aus politischer
Sicht wichtigste Ergebnis
der Proteste: Es werden wie-

der Fragen gestellt und diskutiert, die für die große Mehrzahl
(auch der jetzt mitprotestierenden und -diskutierenden) vor

wenigen Monaten als solche noch gar nicht existierten. Die gesamtgesellschaftliche Dimension dieser Fragen hat dabei auch praktische Konsequenzen.

Es wird von seiten der Studierenden zunehmend nach Anknüpfungsmöglichkeiten außerhalb der Hochschulen gesucht. So haben im Rahmen der sogenannten »Sozialbündnisse« die Bemühungen um Kontakt zu den Gewerkschaften innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne deutlich zugenommen. Hier bieten sich, wenn auch zunächst in relativ kleinem Maßstab, Möglichkeiten zu einer auch langfristig orientierten Zusammenarbeit, wie es sie seit längerem nicht mehr gegeben hat. Demonstrationen wie die in Mannheim am 24. Januar, auf der 3500 Gewerkschafter und Studierende gemeinsam für »Bildung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit« demonstriert haben, oder die Beteiligung von Studierenden an den Aktionen der Arbeitslosen Anfang

Februar sind ein erstes Zeichen dafür, daß die Proteste über den Rahmen der Hochschulen hinausgehen können und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Teilen der Studierenden und anderen von Sozialabbau, Arbeitslosigkeit etc. betroffenen Teilen der Bevölkerung zustande kommen kann.

22.2.1998 ■

■ BERICHT AUS BREMEN

»Nix Lucky Strike«

**Gegen Sozialabbau und Bildungsklau –
und viele andere Mißstände in unserem Land**

Noch bevor von den Universitäten in Hessen die bundesweiten Protestaktionen ausgingen, fand in Bremen vom 2. bis zum 5. November eine gemeinsame Aktionswoche der Universität und der Hochschule Bremen statt, für die seit Beginn des Wintersemesters mobilisiert worden war: Es ging um die Abwehr einer Einschreibgebühr von 100 Mark, die ab Sommersemester 1998 eingeführt werden sollte. Während der AStA der Hochschule keine Basis für einen Streik oder eine Besetzung sah, wurde an der Universität ein dreitägiger Streik durchgeführt. An der Abschlußdemonstration zur Bürgerschaft am 5. November nahmen zirka 2500 Auszubildende, SchülerInnen und Studierende teil. Dort verkündete die Bildungssenatorin Kahrs den soeben gefaßten Beschluß der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Studiengebühren nicht zuzustimmen und die daraus entstehenden Mindereinnahmen aus allen Ressorts zu decken. Damit war die bis dahin gemeinsame Linie der großen Koalition, die Frau Kahrs noch am Vortag vertreten hatte, geplatzt – ein schneller Erfolg. Den politisch denkenden Aktivisten mag bewußt gewesen sein, daß dies in Zeiten ständiger Kürzungen im Bildungsbereich nur ein Augenblickserfolg ist – die CDU-Fraktion beharrt darauf, daß das Bildungsressort allein die fehlenden Mittel aufbringt. Bei der Mehrheit der Studenten war die Luft zunächst einmal 'raus.

Im Rahmen der bundesweiten Streikbewegung ab Mitte November entwickelte sich in Bremen zunächst keine Beteiligung. Der AStA argumentierte mit Schwierigkeiten, die Studierenden erneut zu mobilisieren (an der Fahrt nach

Bonn am 2% November nahmen nur etwa 90 Bremer teil). Selbst als die Vollversammlung der Hochschule Bremen am 2. Dezember den Streik ausrief und auf der Uni-Vollversammlung am 3. Dezember viele Teilnehmer trotz der langen Tagesordnung über den Streik reden wollte und die AStA-Vertreterin der Hochschule unter großem Beifall eine Entscheidung auch einforderte, verzögerte der AStA die Abstimmung noch einmal über das Wochenende.

Warum das Zögern im Uni-AStA – so daß der RCDS ihm gar Tatenlosigkeit vorwerfen konnte?

Die Diskussionen, Streikzeitungen und Veröffentlichungen, die Auseinandersetzungen innerhalb des Uni-AStA und mit dem Hochschul-AStA lassen erkennen, daß der AStA sich nur ungern einer »Lucky-Strike«-Bewegung anschließen wollte, in der seiner Meinung nach allgemeinpolitische Forderungen vermieden werden, die für ihn im Vordergrund stehen: Weg mit dem Ausländergesetz, Schluß mit der Diskriminierung von Frauen, Abwehr von Demokratie-Abbau an der Universität, keine Affenversuche an der Bremer Universität usw. Dagegen war der Aufruf zum Protest gegen den »Maulkorb-Erlass« durch das gerade Ende November ergangene Urteil des Oberverwaltungsgericht ein aktueller Anknüpfungspunkt.

Die Uni-Vollversammlung beschloß dann am 8. Dezember den Streik (mit Ausnahme des Fachbereichs Mathematik/Informatik, der sich etwas später aber doch dem Streik anschloß), der bis 17. Dezember dauern sollte. Am 8. Dezember beendete die Hochschule ihren konsequent durchgeführten Vollstreik, währenddessen alle Eingänge mit Ketten verammelt waren und die Studierenden in die Stadt zu Aktionen ausschärmten. Die Beendigung des Vollstreiks sollte einzelnen Studierenden die Möglichkeit geben, wenigstens prüfungsrelevante Veranstaltungen zu besuchen, damit sie

nicht ein ganzes Semester verlieren. Weitere Veranstaltungen blieben bestreikt, und die Aktionen wurden fortgesetzt. Unter anderem machten die Hochschul学生 eine Stunde lang den Versuch, mit Beschäftigten in der benachbarten Schokoladenfabrik in Kontakt zu kommen, was von der Geschäftsleitung jedoch verhindert wurde.

An der Universität oblag die Durchführung des Streiks und Aktionen den einzelnen Fachbereichen, und die zentrale Information und Koordination war dadurch nicht ausgeprägt. Der Streik wurde in unterschiedlicher Intensität durchgeführt: Am stärksten war die Beteiligung in den geisteswissenschaftlichen Fachbereichen, die über wenig lukrative Drittmittel verfügen, von der Uni-Leitung vernachlässigt werden und finanziell ausbluten. Dort sind die Studienbedingungen und die Perspektiven für die Studierenden am schlechtesten.

Die »Altlinken« im AStA haben die Absicht, die gesamten politischen Zusammenhänge klarzumachen, das Übel an der Wurzel zu packen, verzehren ihre Kräfte aber durch fruchtlose Grabenkämpfe untereinander und Auseinandersetzungen mit RCDS und Naturwissenschaftsliste, für die sie keine Basis unter den Studierenden haben. Noch im Vorfeld der gemeinsamen Demonstration am 17. Dezember gab es Streit um die Formulierung von Forderungen, in diesem Fall zur Ausländerpolitik, die dem Hochschul-AStA zu weit gingen. Die Beteiligung an dieser Demonstration war mit 2000 Studierenden und Auszubildenden geringer als an der gegen die Einschreibgebühren. Es kann zur Schwächung einer Bewegung führen, wenn eine gleich zu Beginn vorgegebene Richtung die Herausbildung eigener politischer Erfahrungsprozesse und gemeinsame Aktionen aller Betroffenen beeinträchtigt. Immerhin sind die Gegenkräfte (RCDS und andere) selbst so schwach, daß sie in diesem Fall kein Kapital daraus schlagen konnten. 1.3.1998 ■

KURT MÜLLER IST TOT

Während der Herstellung dieser Informationsbriefe erfahren wir telefonisch: Kurt Müller, BR-Vorsitzender bei der »Bremer Tageszeitungs-AG«, ist am Dienstagmittag, dem 10. März an seinem Arbeitsplatz an Herzversagen gestorben. Diese Nachricht ist ein Schock. Kurt, der Gewerkschafter, der weit über den Bremer Betrieb hinaus mit seinem Wirken und seiner Haltung sich hohe Anerkennung unter Kolleginnen und Kollegen erworben hat, soll nicht mehr dabei sein? Er wird nicht mehr mitdiskutieren, wenn die IG Medien-Kollegen der Zeitungsbetriebe bundesweit zusammenkommen? Er wird nicht mehr mithelfen, wenn bundesweite Solidarität für eine Belegschaft notwendig ist? Er wird auf dem Gewerkschaftstag sich nicht mehr kritisch einmischen?

Seine grundsätzlich klassenbewußte Haltung, die in seinen Argumenten immer erkennbar war, hatte ihren Ursprung in einer Bremer Arbeiterfamilie – schon sein Vater war im Nachkriegs-Bremen ein bekannter Metall-Gewerkschafter und Kommunist. Kurt war von Beginn seiner Schriftsetzerlehre an dabei, wenn es um die Verteidigung der Interessen abhängig Beschäftigter ging. Das soll alles nicht mehr sein? In der Traueranzeige der Belegschaft heißt es mit einer Zeile von Bescheid: Lebt ihm nach!



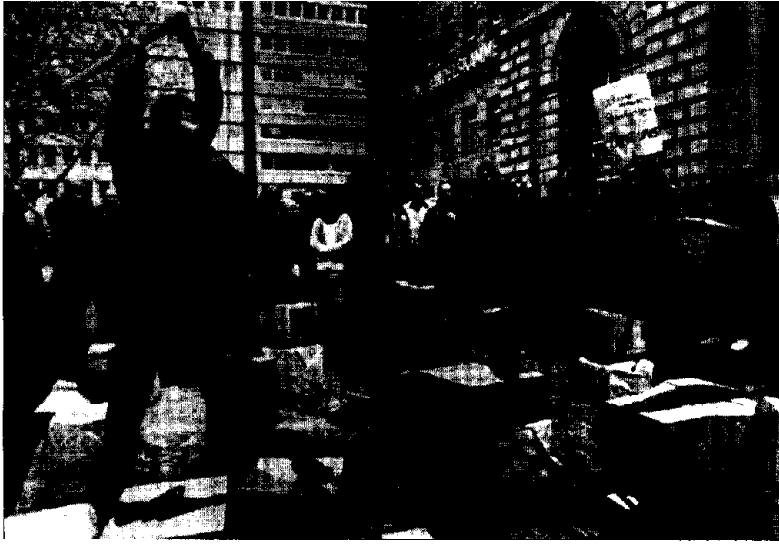
■ BERICHT AUS FRANKFURT

»Unpolitische« Studenten gegen das »Standortdenken« an den Unis

Seit 1968 genießt die Frankfurter Universität einen Ruf als Vorreiterin radikalen studentischen Protests in der Bundesrepublik. Auch in den achtziger Jahren, als die Tage der »Achtundsechziger« und ihrer Nachfolger, der Spontis und ihrer heute als grüne Spitzenpolitiker bekannten ehemaligen »Häuptlinge«, gezählt waren, schien sich dieses Image immer wieder zu bestätigen: Bei den wenigen studentischen Protesten gegen schlechte Studienbedingungen und verschärften Hochschulzugang während der achtziger und neunziger Jahre waren Frankfurter Studenten stets mit vorndran.

Daß die zählebigsten Mythen irgendwann hohl werden, zeigte sich in den Tagen des Studentenstreiks 1997. Ausgangspunkt der bundesweiten Protestwelle war dieses Mal die hessische »Provinz«, speziell Gießen und Darmstadt, aber nicht Frankfurt. In Frankfurt dauerte es gut und gern zehn Tage, bis die Aktionen an den kleineren Universitäten Hessens eine breitere Resonanz fanden. Dabei ist Frankfurt als die größte hessische Universität seit Jahren schon relativ und absolut am stärksten von den Kürzungen der Hochschulmittel im hessischen Landeshaushalt betroffen. Die Professorenschaft und der vor gut zwei Jahren gewählte Uni-Präsident Werner Meissner – ein linksliberaler Wirtschaftswissenschaftler, der auch einmal dem DGB-eigenen WSI-Institut vorgestanden hatte – sind nie müde geworden, dies in der Öffentlichkeit zu beklagen.

Der Streik kam dann aber um den 20. November doch kräftig in Gang und wurde auch bis zu den Weihnachtstagen ohne Probleme aufrechterhalten. Wichtige Fachbereiche wie Jura, Romanistik, Gesellschaftswissenschaften, Pädagogik und Sportwissenschaften waren fast die ganze Zeit bestreikt, andere, darunter auch die in der Bankenstadt Frankfurt als besonders konservativ geltenden Wirtschaftswissenschaften, immerhin über einige Tage oder Wochen. Aus diesen Fachbereichen stammte die größte Zahl der TeilnehmerInnen an den Protestaktionen und Demos. Wichtig war aber auch die Teilnahme vieler StudentInnen aus Fachbereichen, die nicht dauerhaft bestreikt wurden (zum Beispiel Mathematik, Medizin, Naturwissenschaften). Dabei erwiesen sich gerade die StudentInnen und auch die ProfessorInnen aus den weniger streikerprobten Fachbereichen als die Aktivsten bei der



Abgesehen davon, daß über den Uni-Streik in Frankfurt aufgrund der Ortsansässigkeit einiger bundesweit meinungsbildender Presseorgane besonders ausführlich berichtet wurde, unterschied sich das Bild der Aktivitäten nur wenig von anderen Großstädten. Auch hinsichtlich der Unterstützung des Streiks durch Gewerkschaften und andere Organisationen gab es nichts besonderes zu vermelden. Stärker als anderswo vielleicht wurde die öffentliche Diskussion mit Rezepten für eine »intelligente« Reformpolitik an den Hochschulen angereichert, die Sparzwänge und Strukturreformen auf wunderbare Weise unter einen Hut bringen sollen. Auch in anderen Bereichen gehört so etwas heute zum Standardrepertoire rot-grüner Landespolitik in Hessen. Unter den Studenten verfiel dies aber kaum. Auch die grünen AStA-Mitglieder, unter ihnen der AStA-Vorsitzende Peter Koch, hielten sich von solchen Parolen fern und traten als engagierte Fürsprecher der Grundforderung nach einer besseren Finanzausstattung von Studium und Studierenden auf.

Probleme schaffte dies vor allem für diejenigen, die als Angehörige des universitären Lehrkörpers seit Jahr und Tag versuchen, die Sparzwänge in der Uni zu verwalten und ihr eigenes Budget zu retten. Namentlich unter den ProfessorInnen der »Achtundsechziger«-Generation war dabei eine Haltung verbreitet, die Aktionen der StudentInnen mit Verweis auf die vergeblichen jahrelangen Widerstände gegen Haushaltskürzungen für sinnlos zu erklären. Die mangelnde eigene Bereitschaft, sich an den Protestaktionen zu beteiligen und eindeutig Stellung zu beziehen, wurde oftmals mit dem Vorwurf bemäntelt, der Streik sei »unpolitisch«.

Besonders zugespitzt kam dies bei den Gesellschafts- und Erziehungswissenschaftlern zum Ausdruck, jenen Fachbereichen also, an denen die »Altachtundsechziger« verschiedener Couleur die Mehrheit unter den Hochschullehrern stellen. Das Gebäude dieser Fachbereiche – ein 35stöckiges Hochhaus, genannt »Turm« -war am längsten bestreikt, nämlich von Mitte November bis Weihnachten. Rein technisch gesehen war es hier nicht schwer, den Streik aufrechtzuerhalten, denn es mußten »nur« im Foyer die Aufzüge blockiert werden, um den Zugang für jedermann lahmzulegen. Diese Aufzugsblockade konnte von einer relativ kleinen Zahl von Studenten-politisch zumeist mit linkem und/oder autonomem Hintergrund – durchgehalten werden.

Die »Turmblockade« entwickelte sich zu einer Dauerauseinandersetzung von nicht nur symbolischer Bedeutung. Die Mehrheit der ProfessorInnen der betroffenen Fachbereiche forderte in wöchentlichen Vollversammlungen von den Studierenden die Öffnung des »Turmes«, um, wie gesagt wurde,

mit den Studenten besser über gemeinsame Aktivitäten diskutieren zu können. Hinter vorgehaltener Hand wurde allerdings von einzelnen Professoren zu erkennen gegeben, daß man auch einer »Zwangsöffnung« der Aufzüge durch Uni-Leitung oder gar Polizei nicht abgeneigt sei. Unterstützt wurde diese Haltung durch mehrere Auftritte des Uni-Präsidenten am »Turm«. Neben der etwas hohlen Drohung, daß Semesterscheine nicht anerkannt würden, appellierte Meissner vor allem daran, daß Studierende und Lehrende gemeinsam die Interessen der Universität gegenüber der Landesregierung in Wiesbaden geltend machen sollten.

Daß es nicht zu einer farcenhafte Wiederauflage jenes Menetekels von 1968 kam, als Adorno und andere »Väter der Studentenbewegung« ihre Institutsräume durch die Polizei räumen ließen, verdankten die beamteten Erben des achtundsechziger Protestes vor allem der entschlossenen Haltung der Studenten. Diese ließen sich nämlich weder am »Turm« noch anderswo von sanften oder weniger sanften Drohungen einschüchtern. Die wöchentlichen Vollversammlungen beschlossen jeweils mit großer Mehrheit, daß der Turm »zu« bleibe.

Wie an anderen Fachbereichen funktionierte eine solche Blockadeaktion auch ohne eine besonders breite Beteiligung der Studenten an Streikposten und Streikorganisation. Auch der geringe Besuch von Diskussionsveranstaltungen und Streikseminaren wurde als Bestätigung für den »unpolitischen« Charakter des Protestes genommen. Was dahinter stand, brachte ein Student in einer der Versammlungen am »Turm« so auf den Punkt: Er müsse auch während des Streiks arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, und könne deshalb nicht jeden Tag an Versammlungen teilnehmen. *»Die Blockierer«, so wörtlich, »nehmen mir aber das schlechte Gewissen, durch den Streik ein Seminar oder einen Schein zu verpassen.«*

Nach der Weihnachtspause waren die Streikaktivitäten in Frankfurt wie anderswo erlahmt. Eine intensivere Auseinandersetzung um die Bilanz des Streiks und die weiteren Perspektiven und Aktivitäten ist auf eine sehr kleine Zahl der Aktiven beschränkt. Eine uni-öffentliche Diskussion findet kaum statt. Die verbliebenen Aktiven sammeln sich derzeit vor allem um Aktivitäten außerhalb der Uni. Die sogenannten Mittwochsdemos werden vom sogenannten »Sozialbündnis« getragen – einem vom Studentenstreik angeregten, von Arbeitslosen- und Sozialinitiativen sowie der DGB-Jugend mitorganisierten Bündnis, das die örtliche Proteste gegen Sozialabbau, Tarifklau und Arbeitsplatzvernichtung koordiniert. Auch bei den Protesten der Pharmabeschäftigten der Hoechst AG gegen die Schließung wichtiger Forschungsabteilungen in Frankfurt treten Delegationen der Studenten auf.

Auch wenn die Protestaktivitäten an der Uni heute so schnell eingeschlafen erscheinen, wie sie entstanden, so sind die Wirkungen des Streiks im Universitätsalltag spürbar. Was einige Marburger StudentInnen jüngst in einem Beitrag für die »Frankfurter Rundschau« formulierten, trifft auch die Stimmung unter Studierenden und Uni-Beschäftigten in Frankfurt: *»Bei vielen Studierenden bedurfte es erst eines Streiks, um Mißstände nicht nur als solche zu erkennen, sondern auch um ein politisches Bewußtsein dafür zu schaffen, daß diese Zustände nicht als natürlich angesehen werden müssen.«* Was Frankfurt angeht, so besteht das vielleicht wichtigste politische Ergebnis des Streiks einstweilen darin,

daß sich die Studierenden nicht vor den Karren des universitären »Standortwettbewerbes« haben spannen lassen, der ja auch mit der Reform des Hochschulrahmengesetzes angepeilt ist. Wie die Protestaktionen an der Uni weitergehen, ist derzeit nicht übersehbar. Eines ist allerdings gewiß: Die hessische Landesregierung hat ihr Finanzzugeständnis zur Befriedung des Hochschulstreiks inzwischen wieder auf kaltem Wege einkassiert. Versprochen worden war nämlich, die für 1998 vorgesehene Kürzung der Mittel für den Bibliotheks- und Lehrbetrieb von 18 Mio. DM auf etwa zehn Mio. DM zu reduzieren. Die »Kürzung der Kürzungen« ist inzwischen wieder rückgängig gemacht worden, indem die Landesregierung für den gesamten Landeshaushalt eine Ausgabenkürzung von sieben Prozent durchsetzen will.

Unter den meisten StudentInnen in Frankfurt und anderen hessischen Universitäten ist dies zur Zeit noch nicht so richtig bekannt. Im Verhandlungsgeschäft um Mittel und Stellen erfahrene ÖTV-Personalräte zum Beispiel wissen da bereits mehr. Der Streik des letzten Herbstes läßt aber die berechtigte Hoffnung zu, daß diese und andere Salamatikiken nicht ohne Antwort bleiben werden. 20.2.1998 ■

■ BERICHT AUS BOCHUM

Der Streik in Bochum

In Bochum begann der Streik erst gut einen Monat nach Hessen. Zunächst sah alles nach einem völlig lammfrommen Unternehmen aus: Selbst der Rektor erklärte auf derjenigen Vollversammlung, auf welcher der Streik beschlossen wurde, seine Sympathie für die Streikziele. Der RCDS hatte sogar zum Streik aufgerufen. Damit hatte es sich bei ihm dann freilich auch.

Typisch für die Stimmung in den ersten Tagen war, daß der ehemalige niedersächsische Justizminister Schwind, der in Bochum Kriminologie-Professor ist, zwar sich zunächst aus alter Gewohnheit mit Streikposten, die ihm nicht sofort ehrerbietigst Platz machten, anlegte, daß er dann aber kurz darauf, als offensichtlich war, wie die Stimmung in der Professorenschaft war, eine »Alternativveranstaltung« im Rahmen des Streiks hielt.

Auseinandersetzungen mit Streikbrechern, gab es kaum. Zwar hatten die Wirtschaftswissenschaftler geschlossen gegen den Streik gestimmt. Aber selbst sie suchten angesichts des überwältigen Votums aller übrigen Fachbereiche nach einem Kompromiß, wonach sie nur einige elementare Veranstaltungen in einem zentralen Hörsaalgebäude hätten durchführen wollen. Faktisch fielen dann auch diese – wie auch die wenigen anderen Streikbruch-Veranstaltungen – regelmäßig aus, weil es immer genügend Streikposten gab. Darin drückte sich der wesentliche Unterschied zu früheren Streiks aus: Bei vorausgegangenen Gelegenheiten mußten wenige Aktive einzelne Veranstaltungen »sprengen«. Wirklich vollständig abgeriegelt wurde die Uni dann zwar nur ein einziges Mal, aber bei diesem Streik wurden von vornherein ganze Gebäude bestreikt. Dieses Engagement der Streikenden ist das zentrale Charakteristikum der Streikwochen. Zwar gab sich kaum einer der Illusion hin, nun auf einen Schlag alle Forderungen durchsetzen zu können. Das es um nicht

mehr als eine politische Demonstration gehen konnte, war klar. Insofern wäre es denkbar gewesen, daß der Streik faktisch zu einem weiteren Ferienmonat hätte werden können. Aber angesichts der Masse der aufgestauten Probleme war selbst oberflächlich-unpolitischen Studenten klar: Irgendetwas muß endlich geschehen. Und: Es muß Flagge gezeigt werden. Demgemäß erschienen regelmäßig zum Beispiel zu den Vollversammlungen gut zehn- bis zwanzigmal so viele Leute wie auf den üblichen der letzten Jahre. Dieses Engagement war auch die Basis vieler Alternativveranstaltungen und Aktionen. Entsprechend des charakteristischen Umfelds der Ruhr-Universität- verglichen mit anderen Unis kommen hier sehr viele aus der unmittelbaren Umgebung- gehörte zu letzterem der Besuch einer Studentendelegation auf der Betriebsversammlung von Opel. Umgekehrt hatten oppositionelle Opel-Betriebsräte gleich zu Beginn Solidaritätserklärungen geschickt.

Zum einem Problem wurde das Verhalten der linken, sogenannten »Tu-Was-Gruppierung«, die seit gut zehn Jahren den AStA bildet. In ihr gibt es Überbleibsel der vormaligen SHB/MSB-Traditionen, also von Organisationen, die in früheren Zeiten der DKP nahestanden oder auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie anzusiedeln waren. Faktisch verhält diese Gruppe sich seit Jahren bestenfalls wie eine sozialdemokratische: Die Unterschiede zu unpolitischen sind nur noch gering. Außer, daß sie regelmäßig irgendwelche Veröffentlichungen absondert, zeichnet sie vor allem durch eins aus, nämlich ein besserer Dienstleistungsbetrieb für die Studierende zu sein. Immerhin hat sie noch einen linken Anspruch, und entsprechend trat sie selbstverständlich für den Streik ein. Aber sie operierte auf der Ebene, auf der traditionell solche Streiks ablaufen: AStA- und Fachschaftsvertreter organisieren was. Und sie halten den Laden zusammen. Viele der Streikenden, insbesondere natürlich die Aktivist*innen, wollten sich aber nicht mehr einfach »vertreten« lassen. »Offizielle« Kanäle waren ihnen suspekt, so daß es regelmäßig Konflikte gab, wenn die AStA-Vorsitzende eine Verlautbarung herausgab oder wenn es überörtliche Treffen gab, die in den Augen der Aktivist*innen abgehoben waren.

Ihre ganz besondere Dynamik erhielten diese Auseinandersetzungen nicht zuletzt deshalb, weil sich in ihnen auch eine Bewußtseinsentwicklung zumindest einer ganzen Reihe von Streikaktivisten widerspiegelte: Zunächst wollten viele einfach »irgendwie« etwas machen. Dazu paßte es, daß selbst die CDU-Studenten und das Rektorat sich engagierten. Aber je massiver die Umarmungsstrategie von Regierung und Medien wurde, desto stärker wurde die Skepsis: *»Diejenigen, die für unsere Misere verantwortlich sind, stehen plötzlich auf unserer Seite?«* Allerdings wandelte sich die Skepsis nur bei einem vergleichsweise kleinen Teil in ein Mißtrauen gegenüber all den bisherigen Konzepten und Institutionen. Die Auseinandersetzungen schlugen sich in der Studentenparlamentswahl nieder, die Ende Januar durchgeführt wurde. Eine Reihe von Streikaktivisten und die Mitglieder von denjenigen Gruppierungen, die sich im eigentlichen Sinne noch als Linke verstehen, hatten sich zu einer »Linken Liste« zusammengefunden, der es gelang, die Mehrheit des alten AStA zu überflügeln. Die Wahlbeteiligung war allerdings so schlecht wie eh und je. Das Zusammenfinden der Aktivist*innen auf einer gemeinsamen Liste ist freilich ein Indiz dafür, daß es bestimmt auch im nächsten Semester neue Aktionen geben wird. Bochum, 20.2.1998 ■

■ BEIM GRÖSSTEN ARBEITGEBER IN BOCHUM

Standortvertrag bei Opel

Als am 20. Januar für die deutschen Opel-Werke der sogenannte »Standortvertrag II« vom Betriebsrat und der Konzernleitung in Rüsselsheim unterzeichnet wurde, da schien hiermit ein Erfolg des Betriebsrates abgesegnet zu werden. Denn dieser Vertrag soll die »Arbeitsplätze« der Opel-Kollegen »über das Jahr 2000 hinaus sichern«. Das hatte zumindest die Betriebsrats-Mehrheit in Bochum behauptet. Der Bochumer Betriebsratschef Peter Jaszczyk erklärte: »Wir haben jetzt die nächsten vier Jahre Ruhe bei der Beschäftigungspolitik«. Als »Erfolg« aus Sicht größerer Teile des Betriebsrates wird das Vertragswerk außerdem nicht zuletzt deshalb gewertet, weil es die Unterstützung der großen Mehrheit der Kollegen gefunden hat - behauptet die Betriebsrats-Mehrheit: In Bochum hätten 70 Prozent dafür gestimmt. Originalton Peter Jaszczyk: »Die Belegschaft hat uns mit ihrem Votum den Rücken gestärkt.«

Tatsächlich sieht so das Ergebnis einer Umfrage in den Bochumer Opel-Werken aus, welche am 19. Januar ausgezählt worden war. Beim näheren Hinsehen ist das Resultat freilich nicht ganz so toll:

Das fängt mit der interessanten Ausgestaltung des Stimmzettels an: Dort werden alle wesentlichen Punkte des Vertrages aufgelistet. Alle »negativen« Teile des Vertrags sind im Schriftbild etwas kleiner aufgelistet als die »positiven«. Bevor dann die Frage nach Zustimmung oder Ablehnung gestellt wird, heißt es: *»Du hast die Möglichkeit durch Dein Ja zu dem Verhandlungsergebnis die Zukunft unserer Arbeitsplätze über das Jahr 2000 hinaus zu sichern!«*. Wer will da schon mit »Nein«, also quasi für die Vernichtung von Arbeitsplätzen, stimmen. Es ist zwar wenig wahrscheinlich, daß sich irgendein Kollege durch solche Spielchen hat manipulieren lassen. Aber der Stimmzettel zeigt, welche Meinungsmache seitens des Betriebsrates und der Unternehmensleitung im Zusammenhang mit dieser Abstimmung gemacht wurde.

Alle 14.994 Opelaner in Bochum bekamen den Stimmzettel nach Hause geschickt. Offensichtlich sollten Diskussionen vermieden werden, weswegen die Stimmzettel auch wieder per Post zurückgingen. Zurückkamen jedoch nur 9427. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von zirka 63 Prozent. Hiervon stimmten 6579 für den Vertrag und 2809 dagegen. Es gab 39 ungültige Stimmen. Tatsächlich gibt es also rein formal eine Zustimmung von 70,19 Prozent. Zu Recht argumentiert die Betriebsrats-Minderheit anders: Wirklich bewußt zugestimmt haben nur zirka 44 Prozent der Kollegen. Dem stehen die 2809 Kollegen gegenüber, die sich mit dem Vertrag auseinandergesetzt haben und ihn ausdrücklich abgelehnt haben. Sowie über 6000 Kollegen, die sich nicht durch die Unternehmens-Argumentation haben packen lassen.

Solch eine »Abstimmung« wurde nur in Bochum durchgeführt. In Rüsselsheim erfolgte die Zustimmung zum Vertrag nach einer Abstimmung im Vertrauenskörper. Und in Kaiserslautern fiel die Entscheidung nur im Kreis der Vertrauenskörperleitung. Zu dem besonderen Verfahren hatte sich die Bochumer Betriebsrats-Mehrheit verständigt, weil sie sich bei verschiedenen Maßnahmen der letzten Jahre

massiven Ärger mit den Kollegen eingehandelt hatte – was bis zu »wilden Streiks« gegangen war. Eine sehr deutliche Warnung war dem Betriebsrat insbesondere der zweitägige Streik im Juli letzten Jahres. Die Betriebsrats-Mehrheit gab die Absicht der Unternehmensleitung bekannt, alle übertariflichen Lohnanteile kündigen zu wollen. Zudem sah der Betriebsrat diese Absicht als Verhandlungsgegenstand. Zu dieser Betriebsrats-Mehrheit gehören, einschließlich des Betriebsratsvorsitzenden, eine Reihe von Kollegen, die sich vor wenigen Jahren noch als »Linke« begriffen. Unternehmensleitung wie Betriebsrats-Mehrheit wurden dann eines Besseren belehrt, als die Bänder standen. Das Unternehmen machte einen Rückzieher. Daß nun auch die Inhalte des neuen Standortvertrages strittig sein würden, war der Betriebsrats-Mehrheit durchaus klar. Deshalb sicherte sie sich ab:

Ein nicht unwesentlicher Minuspunkte des neuen Standortvertrages II ist der bisherige 1993er Vertrag. Den nämlich hatte der Betriebsrat nicht gekündigt, was bedeutete, all diejenigen Verschlechterungen, die er gebracht hatte, laufen nun weiter: Zum Beispiel waren damals Kürzungen der Freischichten für die Dauer-Nachtschichtler eingeführt worden.

Jetzt kommen weitere problematische Regelungen hinzu: Die garantierte Übernahme der Auszubildenden ist nur mit Einschränkungen geregelt. Es gibt keine Beschäftigungsgarantie im erlernten Beruf. Für die Vorruhestandsregelung gilt: Sehr wesentliche Fragen sind bisher nicht einmal geregelt. Bereits jetzt ist schon abzusehen, daß von den zirka 3000 Kollegen der Jahrgänge 1937 bis 1944 insgesamt nur höchstensfalls 800 diese in Anspruch nehmen können. Vorrang haben immer »betriebliche Erfordernisse«. In der betrieblichen Altersversorgung sollen Abstriche gemacht werden. Zunächst einmal sollen Lohnempfänger und Angestellte gleichgestellt werden. Zu den zentralen Punkten gehört die Angleichung der Opel-Löhne an die Tariflöhne. Zwar nicht wie im Sommer des letzten Jahres geplant auf einen Schlag, aber nach und nach kommt faktisch dann doch die Absenkung. Dazu müssen die Opel-Kollegen ab dem 1. April auf 1,25 Prozent der aktuell tariflich vereinbarten 2,5 Prozent Lohnerhöhung verzichten. Überstundenzuschläge werden nur nach dem Tariflohn bezahlt. Innerhalb eines Jahres ergibt das mindestens einen Verlust von 700 DM. Opel wird allein so pro Jahr mindestens 50 Mio. DM sparen. Das Weihnachtsgeld wird nur dann auf hundert Prozent aufgestockt, wenn der Krankenstand sechs Prozent nicht übersteigt. Zu den sich bei einem Zeitraum von vier Jahren ergebenden 200 Mio. sollen aufgrund der anderen Maßnahmen noch einmal 100 Mio. DM an Ersparnis für den Konzern herkommen. Auch der zentrale Punkt, der in der Propaganda von Standortsicherungsverträgen immer als der wesentliche Pluspunkt herausgestellt wird, erweist sich als Gerücht: Im neuen Vertrag gibt es keine wirkliche Beschäftigungssicherung. Ausdrücklich werden »Personalanpassungs-Maßnahmen« verlangt. Statt der über 14.000 Arbeitsplätze wird es Bochum nach den jetzigen Planungen im Jahre 2002 weniger als 12.000 geben. In Rüsselsheim werden drei- bis viertausend Arbeitsplätze verlorengehen; allein bis Ende dieses Jahres rund tausend. In Kaiserslautern sollen zwei- bis dreihundert »abgebaut« werden. Betriebsbedingte Kündigungen wird es nur dann nicht geben, wenn der Betriebsrat den Abbau eines »möglichen Personalüberhangs« akzeptiert. Ausnahmen für betriebs-

bedingte Kündigungen sind ausdrücklich vorgesehen. Das zentrale Charakteristikum des »Standortvertrags II« ist es, daß es dem Konzern ein neuartiges Rationalisierungsniveau garantiert: Bisher ging es vornehmlich um die Flexibilisierung innerhalb der verschiedenen Werkteile. Das ist natürlich auch weiterhin ein zentrales Ziel: Die Tätigkeiten werden noch weiter flexibilisiert, die Zeitkorridore ausgebaut und die Maschinenlaufzeiten verlängert. Darüber hinaus wird nun jedoch verstärkt auch auf die Mobilität der Kollegen zwischen den verschiedenen Standorten Wert gelegt: Jungfacharbeiter aus Rüsselsheim müssen es sich bereits in diesem Jahr gefallen lassen, in Bochum eingesetzt zu werden.

Beide Verträge zusammen betrachtet zeigen jedoch eines ganz klar: Betriebsbornierte Arrangements, die von vornherein Forderungen seitens der Arbeiter – auch wenn es zur Zeit »nur« um Besitzstandswahrung geht – und damit verbunden offene Konfrontation bis hin zum Streik ausschließen, kapitulieren schon vor dem Kampf. Die sich explizit als »Co-Manager« des Opel-Konzerns bezeichnende Betriebsrats-Mehrheit in Bochum hat ihrem Selbstverständnis entsprechend gehandelt und leider auch Erfolg gehabt: Sie garantierte das friedliche Abnicken der Belegschaft für den Abbau von sieben- bis zehntausend Arbeitsplätzen.

Während auf Seiten der Kollegen sich also eine Einschränkung zur anderen addiert, macht der General-Motors-Konzern irrsinnige Gewinne: Allein in den ersten drei Quartalen 1997 wurden sie um 19 Prozent gesteigert. Nicht nur diese Gewinnlage hätte Spielraum für entschiedeneren Widerstand geboten, sondern auch die Produktpolitik des Konzerns: Die Produktion des neuen »Astra« hängt wegen Managementfehlern um ein halbes Jahr hinter dem Zeitplan hinterher. Die General-Motors-Zentrale drohte zwar mit dem Abbau von einem Drittel der Arbeitsplätze in Europa, aber zur Zeit braucht das Unternehmen auf jeden Fall jeden Kollegen.

Dortmund, 11.2.1998 ■

■ BERLIN: 3000 BESCHÄFTIGTE DEMONSTRIEREN

Gegen betriebsbedingte Kündigungen und Abbau tariflicher Leistungen

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit der Sparpolitik in der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg (EKiBB) und mit der Vorbereitung und dem Ablauf einer Demonstration kirchlicher Mitarbeiter vom November 1997. Zum besseren Verständnis des Geschehens haben wir die Schilderungen über die Interessenvertretung in der evangelischen Kirche und über die Entwicklung in der Berliner ÖTV-Abteilung Kirche vorangestellt.

Interessenvertretung in der evangelischen Kirche

Vorab: Wer das Betriebsverfassungsgesetz und das Personalvertretungsgesetz gewohnt ist, muß dies alles in der EKiBB schnell vergessen. Es gibt hier ein Mitarbeitervertretungsgesetz (MVG), das den Mitarbeitervertretungen (MAV) nur wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt. Freistellungen gibt es in der gesamten Kirche mit fast 10.000 Beschäftigten insgesamt 3 (drei), die von sechs Mitgliedern der 17 Personen

tionen, die zusammen zirka 15 bis 20 Prozent der Beschäftigten organisieren. Quantitativ am stärksten ist der Verband kirchlicher Mitarbeiter/Gewerkschaft Kirche und Diakonie (VKM), dessen Mitgliedsbeiträge weniger als die Hälfte der Höhe des ÖTV-Beitrages ausmachen und der seinen Anhang zu einem großen Teil in der Ostregion hat. Im Westteil gibt es ihn seit Jahrzehnten, er ist »frommer« als die ÖTV, hat eine sozialpartnerschaftliche Tradition und große Probleme, sich in der geänderten »Kirchen-Welt« zurechtzufinden. Seine Mitglieder finden sich vor allem in den unteren Ebenen der Mitarbeitervertretungen auf Gemeinde- und Kirchenkreisebene. Auf höherer Ebene leidet er unter dem Mangel an qualifizierten Funktionären. Bei der in diesem Artikel beschriebenen Demonstration trug der VKM durch seine Mit-Mobilisierung stark zum Erfolg bei, trat aber auf der Kundgebung optisch überhaupt nicht in Erscheinung, weil die VKM-Mitglieder kaum über eine Tradition der organisierten öffentlichen Gegenwehr verfügen und Transparente etc. nicht zu ihrer Kultur zählen. Die an Mitgliedern zweitstärkste Gewerkschaft ist die ÖTV, die im Bereich der EKiBB sowohl vom Bezirk Berlin wie vom Bezirk Brandenburg vertreten wird. In Berlin gibt es (wieder) intakte Strukturen, in Brandenburg nur einen zuständigen Sekretär.

Die ÖTV-Berlin stellt den HMAV-Vorsitzenden und ist traditionell in den überregionalen MAVen führend, hat aber eine geringe Verankerung in den untersten Bereichen der Interessenvertretung. Dies liegt daran, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitarbeitervertreterinnen und -Vertreter nicht organisiert ist und darüber hinaus kaum jemand interessiert ist, überbetriebliche und überregionale Gremienarbeit zu leisten. Die dritte Gewerkschaft ist die GEW, die vor allem im Bereich der Kitas und der Berliner evangelischen Schulen ihre Bastionen hat und die MAVen bestimmt. Daß es dort soviel GEW-Mitglieder gibt, liegt nicht zuletzt an den 70er Jahren, als die GEW-Berlin aus der Bundes-GEW ausgeschlossen war und zum Anziehungs- und Sammelpunkt der undogmatischen Linken Berlins wurde. Nach der Wiedereingliederung in die Bundes-GEW verblieben diese Mitglieder in ihrer Gewerkschaft, wodurch das klassische Prinzip »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft« in der EKiBB nicht mehr galt. Die mit Abstand schwächste Gewerkschaft ist die DAG, deren Mitgliederzahl kaum meßbar ist, die aber mittlerweile mit der ÖTV eng kooperiert.

Die ÖTV-Abteilung Kirche

Die Berliner ÖTV-Kirche war traditionell eine von Linken geführte Abteilung. Links meint hier Kräfte aus dem Umfeld der SEW-Berlin. Nach deren Auflösung 1989/90 ging auch die Aktivität in der Abteilung Kirche stark zurück. Fast alle Betriebsgruppen im Bereich Kirche gingen ein und die Quartalsversammlungen wurden immer schlechter besucht. Der Funktionärsstamm schmolz zusammen und durch die Personalreduzierung in der ÖTV-Bezirksverwaltung wurde die hauptamtliche Betreuung ständig geringer. Der langjährige Sekretär verließ die ÖTV und wechselte auf die Arbeitgeberseite. Der ebenfalls langjährige Abteilungsvorsitzende, ein Pfarrer, trat von seiner Funktion zurück, da er aufgrund des Vorwurfs, als IM für die Stasi gearbeitet zu haben, vom Dienst suspendiert wurde.

stand und eine ebenso neue Abteilungssekretärin. Beide waren wildentschlossen, endlich anerkannter Tarifpartner der Landeskirche zu werden.

Es hatte ein schleichender, in der breiten Mitgliedschaft undiskutierter, Wechsel von Strategie und Taktik stattgefunden, denn nun wurde ein Tarifvertrag akzeptiert, der eine Zwangsschlichtung vorsah. Die ÖTV-Strategie hatte sich bis dahin darauf ausgerichtet, durch gewerkschaftliche Arbeit und Mitgliederzuwächse stark genug zu werden, um einen Tarifvertrag ohne diese Knebelung zu erreichen. Im Dezember 1995 war die ÖTV dem Tarifvertrag – immer noch mit Zwangsschlichtung – beigetreten, was gegenüber den KollegInnen damit begründet wurde, als Tarifpartner könne man mehr erreichen, als durch weitere Verweigerung. Intern wurde dies mit der Hoffnung verbunden, als anerkannter Tarifpartner mehr Resonanz bei den Beschäftigten zu erreichen und so weitere Mitglieder zu werben.

Also wurde entsprechend eine ÖTV-Tarifkommission gebildet, für die es allerdings in den dann folgenden Verhandlungen wenig zu gewinnen gab. Ausgebuffte Kirchenjuristen saßen schlechtvorbereiteten ÖTV'lerInnen gegenüber. Es schien so, als hätte man immer noch nicht begriffen, in welche Richtung »Mutter Kirche« ihre Schäfchen bewegen wollte.

Während die kirchliche Pressestelle eine Katastrophenmeldung nach der anderen publizierte und bei den Beschäftigten die Angst um den Job stieg, schwieg die ÖTV in der Öffentlichkeit vollkommen. Kein Flugblatt, nicht einmal eine Pressemeldung wurde lanciert. Selbst die Vertrauensleute mußten sich woanders – das heißt auch bei anderen Gewerkschaften – informieren.

Die hauptamtliche Sekretärin konzentrierte sich auf »vertrauliche« Gespräche mit dem Arbeitgeber und informierte nicht einmal die eigenen Funktionäre.

In dieser Phase entwickelte sich aus den beiden Betriebsgruppen und der Betriebszeitungs-Redaktion heraus eine informelle Gruppe, die auch im Abteilungsvorstand vertreten war und deren Ziel eine Wiederherstellung einer transparenten, basis- und konfliktorientierten Gewerkschaftsarbeit der Abteilung war.

Hauptkonflikte waren die Arbeit in der Tarifkommission, bezogen auf die Taktik gegenüber dem Arbeitgeber und auf die Transparenz bei den eigenen Mitgliedern und Funktionären, und die Nachwahlen für den Vorstand. Hier ging es darum, den durch mehrere Rücktritte stark geschwächten und oft beschlußunfähigen Abteilungsvorstand durch Nachwahlen zu ergänzen. Da aber ausschließlich KritikerInnen der bisherigen Arbeit zur Kandidatur bereit waren, wurde seitens des amtierenden Vorstandes keine Nachwahl durchgeführt. Begründung der Sekretärin: Eine ÖTV-Wahlordnung (die von den Nicht-Hauptamtlichen niemand kannte und die sie auch niemals bekamen) untersagte dies.

Bereits vereinbarte und angekündigte Versammlungen wurden abgesagt, damit es kein Forum für Kritik an diesem Verhalten gab. Ende 1996 erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt. Gegen zwei Mitglieder der Tarifkommission, unter ihnen der Vorsitzende der HMAV, leitete die Abteilungssekretärin Untersuchungsverfahren ein und erklärte ihre Gewerkschaftsfunktionen als »ruhend«, dies wurde von der ihr genehmen Abteilungsvorsitzenden gedeckt. Gleichzeitig wurde eine Betriebsgruppe, die Protestaktionen gegen die Kündigungen durchgeführt hatte, für nicht-existent erklärt.

Hintergrund hierfür: Beide aus der Tarifkommission geworfenen Mitglieder hatten in dieser Gruppe ihre Basis.

Angesichts von 1300 angekündigten Kündigungen ging es jetzt ums Ganze. Eine Reihe von KollegInnen intervenierte bei der ÖTV-Bezirksleitung gegen die Untersuchungsverfahren und parallel wurde zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mobilisiert. Diese wurde zur bestbesuchten seit Jahren, auch KollegInnen, die man nicht kannte, waren erschienen. Auf dieser Versammlung im November 1996 wurde der Konflikt offen ausgetragen. Bei einer Gegenstimme (der Vorsitzenden!) und wenigen Enthaltungen wurden von allen Anwesenden die Einleitung der Verfahren mißbilligt und die Teilnahme der ÖTV an Protestaktionen gegen die Kündigungen beschlossen. Gleichzeitig wurde die Bezirksleitung aufgefordert, die Arbeit der zuständigen Hauptamtlichen zu überprüfen. In den folgenden Wochen wuchs der Druck auf den amtierenden Vorstand. Im Januar 1997, auf der nächsten Gesamtmitgliederversammlung, zeigte sich erneut, daß die große Mehrheit der aktiven Kolleginnen und Kollegen die bisherige Politik und die sie tragenden Personen nicht mehr unterstützte. Im Ergebnis trat die Vorsitzende und mit ihr der gesamte Vorstand zurück, um Neuwahlen zu ermöglichen.

Der Bezirksvorstand stellte die Untersuchungsverfahren ein und setzte die beiden KollegInnen wieder in ihre Funktionen ein.

Im April 1997, fast drei Jahre nach Beginn der ersten Konflikte in der Abteilung, errangen die vorstandskritischen Kräfte eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Vorstand, getragen von einem breiten Votum der Mitglieder. Als es anschließend gelang, die Abberufung der bisherigen Geschäftsführerin und ihre Ersetzung durch einen kooperativen Sekretär zu erreichen, waren die Voraussetzungen für eine Veränderung der ÖTV-Arbeit geschaffen. Ohne die Herausbildung dieser neuen Mehrheit, die eine Koalition unterschiedlicher, linker Ansätze ist und ohne die gemeinsamen Konflikt Erfahrungen und das dadurch erworbene Ansehen, wäre es kaum zu den Mobilisierungen gekommen, die dieser Artikel schildert.

Die Berlin-Brandenburgische Landeskirche: Aus zwei mach eins

Die EKIBB ist die einzige wiedervereinigte Landeskirche. Durch den Mauerbau 1961 war die Kirchenprovinz in zwei Teile geteilt worden, die sich seitdem unabhängig entwickelt hatten. 1990/91 vereinigten sich die getrennten Teile der EKIBB wieder. In den folgenden Jahren wurde viel Geld in den Ausbau der Ostgemeinden gesteckt. So stiegen die Gehälter der Pfarrer auf 88 Prozent des Westniveaus und sie wurden u.a. in der Pfarrer-Pensionskasse nachversichert (Kosten 72 Mio. DM). Der technische Standard der Pfarrbüros wurde erhöht, und die Kirche übernahm eine Reihe abgewickelter Sozialeinrichtungen wie zum Beispiel Kindergärten. In Berlin war auf einmal die andere Stadthälfte mitzuversorgen, mit evangelischen Einrichtungen, mit Religionsunterricht, mit Sozialarbeit etc.

Doch die Hoffnungen einiger führender Kirchenleute, daß sich jetzt nach dem Ende der DDR in der Ostregion eine kirchliche Renaissance in den »protestantischen Kerngebieten« entwickeln würde, blieb Illusion. Stattdessen nahmen vielerorts durch die Übernahme des westlichen Kirchensteuersystems die Gemeindegliederzahlen ab, in der gesamten



EKiBB sank die Mitgliederzahl in den letzten sieben Jahren von 1,8 auf 1,4 Mio., das heißt um mehr als 22 Prozent.

Parallel dazu wurden weniger Gelder eingenommen. Zum einen sanken die Steuereinnahmen des Staates (damit auch die an die Höhe der Lohnsteuer gebundene Kirchensteuer) infolge von Krise und Massenarbeitslosigkeit und durch Abschreibungen bei den »Besserverdienenden«. Wer keine Einkommensteuer zahlt, zahlt auch keine Kirchensteuer. Zum anderen ist das Land Berlin pleite und reduziert ständig die Förderung freier Träger. Somit geriet die Kirche von zwei Seiten unter Druck und die Kirchenfinanzen ins Rutschen.

Die EKIBB ist neben der nordelbischen Kirche die einzige, die einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. In Berlin waren von den Gewerkschaften nur VKM (Verband kirchlicher Mitarbeiter, mittlerweile heißt er GKD = Gewerkschaft Kirche und Diakonie) und DAG (Deutsche Angestellten-gewerkschaft) Tarifpartner. ÖTV und GEW lehnten die in Berlin vereinbarte Zwangsschlichtung ab. Nachdem sich in den folgenden Jahren zeigte, daß sich der Organisationsgrad der Kirchenbeschäftigten kaum erhöhen ließ und auf diese Weise kein Druck auf die Kirchenleitung ausgeübt werden konnte, unterzeichneten Ende 1995 auch ÖTV und GEW den Tarifvertrag und akzeptierten die Zwangsschlichtung.

Die Kirche und das Geld – oder: Sparen nur auf dem Rücken der Beschäftigten

1986 begann in Westberlin die Debatte um kirchliche Sparpolitik, die aber bis 1995 kaum Konsequenzen hatte. Die Kirche hatte ein gutes Polster, es gab acht Prozent Berlinzulage, in vielen Bereichen wurde gut verdient, und jede Lohn-erhöhung erhöhte automatisch die Kirchensteuer. Hinzu kamen sehr hohe Staatsleistungen, vor allem für Personalkosten. Spätestens 1995 war die Diskrepanz zwischen sinkenden Einnahmen und konstanten Ausgaben augenfällig. (Dies bezieht sich nur auf die laufenden Ein- und Ausgaben! Was die EKIBB an Rücklagen, Vermögen, Immobilien etc. besitzt, kann nur vermutet werden.)

Auf der Synode im November 1996 wurde der erste drastische Sparhaushalt – ein Doppelhaushalt für 1997/98 – beschlossen, der von den Beschäftigten mit Entsetzen aufgenommen wurde. Von zirka 9000 Stellen sollten bis Ende

1998 1300 wegfallen. Während allein in der landeskirchlichen Jugendarbeit 60 Prozent gekürzt wurde, die Krankenhauseelsorge um 69 Prozent, und eine ganze Reihe wichtiger Bereiche, wie zum Beispiel der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ganz abgewickelt wurden, billigte die Synode den Bau eines neuen Konsistorialgebäudes für zirka 70 Mio. DM.

Die Finanz- und Haushaltskrise wurde allein auf die Beschäftigten abgewälzt. Helmut Reihlen, langjähriger Präses der Berliner Synode wurde in der »TAZ« vom 18.11.1996 so zitiert: »Man habe lange die Augen vor der Finanznot verschlossen und den Angestellten jahrelang falsche Hoffnungen gemacht. Jetzt müssen wir jene entlassen, die uns vertraut haben.« Der Bischof hatte mehrmals in Interviews in Berliner Zeitungen betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und bei kirchlichen Beschäftigungen galt ein Bischofswort bis dahin noch etwas.

Aufmerksamen Beobachtern war aufgefallen, daß in diesen Haushalt bei den Personalkosten nur von zwölf Monatsgehältern ausgegangen wurde. Im Klartext: Das Weihnachtsgeld war nicht mehr vorgesehen und viele KollegInnen in Mitarbeitervertretungen (MAV) und Gewerkschaften sahen dies als Ankündigung, daß die Kirchenleitung sich aus der tarifvertraglichen Verpflichtung der Weihnachtsgeldzahlung verabschieden wollte.

Die Kirchenleitung hatte dann auch am 22.11.1996 folgende tarifrechtliche Regelungen zum 31.12.1996 mit dem Ziel gekündigt, in den nächsten Jahren gar nichts mehr davon zu zahlen:

- a) Die Sonderzuwendung,
- b) das Urlaubsgeld,
- c) die Jubiläumsszuwendung,
- d) die vermögenswirksamen Leistungen.

Die Gewerkschaft informiert

Die Abteilung Kirche und Diakonie in der ÖTV informierte die Beschäftigten mit Flugblättern und ihrer Betriebszeitung, dem »Kirchengockel«. Unter anderem hieß es: »über 1000 Arbeitsplätze in der EKIBB sind sehr stark gefährdet, nach Aussagen der Kirchenleitung sollen sie wenn nötig auch mit

Kündigungen abgeschafft werden. Die Löhne und Gehälter sollen abgebaut werden. In fast allen Kirchenkreisen und landeskirchlichen Einrichtungen wird es ab 1997 erhebliche finanzielle Probleme geben, die alle Arbeitsbereiche in unseren kirchlichen Dienststellen zukünftig verändern werden.»

Ein Artikel des »Kirchengockel« faßte Anfang Juni 1997 die bisherigen Erfahrungen mit dem Arbeitgeber Kirche zusammen:

»Zum Stand der Tarifverhandlungen / Massenentlassungen / Sonderzuwendung und Urlaubsgeld

Unser kirchlicher Arbeitgeber ist zu keinem Beschäftigungspakt mit den Gewerkschaften bereit. Er ist nicht bereit – analog zur Finanzierung seines neuen Kirchenzentrums –, in den sozialverträglichen Personalabbau zu investieren. Er hat nur Interesse an der Zwangsteilzeit (32-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich), und nur diese »Einsparung« würde er mit den abzubauenen Stellen verrechnen.

Dies bedeutet, daß nun die über 1000 Kündigungen in der EKIBB Wirklichkeit werden. Für die Gewerkschaften bedeutet dies, daß wir eine heftige Auseinandersetzung mit unserem Arbeitgeber auszutragen haben.

Unsere ÖTV-Tarifkommission hatte zu der drohenden Massenentlassung einen Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrags-Entwurf erarbeitet. Am 6.5.1997 überreichten alle vier Gewerkschaften dem Arbeitgeber eine Erklärung, in der wir ein komplettes Beschäftigungssicherungspaket zum 1.7.1997 (freiwillige Arbeitszeitverkürzung, Zwangsarbeitszeitverkürzung mit Teillohnausgleich, Abfindungsregelung für Unkündbare) mit dem Angebot, das Urlaubsgeld und die Sonderzuwendung nur noch als Sockelbetrag zu zahlen und dafür die entstehenden Lohn- und Gehaltseinbußen durch freie Tage auszugleichen, anboten.

Die Tarifverhandlung am 14.5.1997 ergab, daß die Kirchenleitung dieses Paket rundweg ablehnte.

Da die Kirchenleitung daraufhin die Verhandlungen für gescheitert erklären wird, müssen wir jetzt mit Massenentlassungen in unserer Kirche rechnen. Die gekündigten KMT-Teile (Urlaubsgeld, Sonderzuwendung etc.) werden von der Kirchenleitung in die Schlichtung gebracht. Ein Ergebnis ist frühestens Anfang September zu erwarten.»

Die erste Kündigungswelle und die Gegenwehr

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen rückten die Kündigungen ins Blickfeld. Allein im Konsistorium waren 100 MitarbeiterInnen gekündigt worden, darunter Schwerbehinderte, MAV-Mitglieder, Personen im Erziehungsurlaub etc. Jedem Arbeitsrechtler sträubten sich die Haare, denn diese Personengruppen sind unkündbar. Zudem hatte keine Sozialauswahl stattgefunden. Offensichtlich waren die zuständigen Kirchenjuristen der Auffassung, daß der jesuanische Satz »Mein Reich ist nicht von dieser Welt« analog auch für das Arbeitsrecht und die Schutzrechte der Kirchenbeschäftigten galt. Der Mehrzahl dieser Kündigungen – etwa 80 – widersprach denn auch die MAV mit guten Gründen.

Diese Kündigungen kamen aufgrund des Widerspruchs der MAV vor die Schiedsstelle. Der dortige Richter stellte die Rechtsunwirksamkeit der Mehrzahl der Kündigungen fest, und da die anwesenden sechs Kirchenjuristen mit ihren Auslassungen scheiterten, wurden anschließend von der Kirchenleitung alle ausgesprochenen Kündigungen zurückgezogen – um sie anschließend formgerecht wieder auszusprechen.

Am 17. Juni demonstrierten zirka 300 Beschäftigte vor dem Konsistorium der EKIBB gegen die erste Kündigungswelle. Zu dieser kurzfristigen Aktion hatte die ÖTV aufgerufen. Da zeitgleich die Diakonie-KollegInnen zu einer bundesweiten Demo in Fulda mobilisierten, war die Zahl von 300 ein Erfolg. Die Stimmung morgens um acht Uhr vor dem Konsistorialgebäude war gut, es waren eine Reihe von Transparenten mitgebracht worden, eine Kita hatte ein Lied getextet und eine Gruppe von KollegInnen hatte Liederzettel vorbereitet. Rasseln waren genug vorhanden und die Lautstärke war beträchtlich. Eine Reihe von KollegInnen, die bereits ihre Kündigung erhalten hatten, kamen aus dem Gebäude heraus und reihten sich ein.

Nach kurzen Ansprachen einiger Vertreter von ÖTV und MAV und einigen Liedern entstand spontan der Wunsch, doch um das Konsistorium herum zu ziehen. Nach einer guten Stunde war's dann vorbei. 300 KollegInnen hatten eine gute Aktionserfahrung gemacht und die aktiven ÖTV-KollegInnen neuen Mut für weitere Aktionen geschöpft.

Anfang August kam die nächste Katastrophenreaktion der Kirchenleitung. Hatte sie bei der Haushaltsaufstellung mit drei Prozent weniger Kirchensteuereinnahmen gerechnet, waren es im ersten Halbjahr 1997 nach ihren Angaben tatsächlich 15 Prozent. Die Reaktion verlief nach bewährtem Berlin-Brandenburgischem Kirchenmuster. Auch diese Einnahmeverluste sollten durch Personalabbau kompensiert werden. Eine lange Liste von Einrichtungen, die ab 1999 keine Kirchensteuermittel mehr bekommen sollten, wurde erstellt und publiziert. Die dicksten Brocken: Die evangelischen Kitas fallen ganz aus der Förderung 'raus, die Zuwendung ans Diakonische Werk wurde halbiert. In den Dienststellen und Gemeinden ging die Angst um, und im Konsistorium schien Panik zu herrschen.

Die Schlichtungsverhandlungen

Fast zeitgleich mit diesem neuen Schub an Katastrophenmeldungen begann die Schlichtung. Dies ist eine Einrichtung, in der drei Vertreter des Arbeitgebers EKIBB, drei Gewerkschaftsvertreter und ein Arbeitsrichter, auf den sich beide Seite verständigen müssen, sitzen. Die Schlichtung hat die Aufgabe, einen neuen Tarifvertrag zu erstellen. Kommt keine gütliche Schlichtung zustande, gibt es eine dann hinzunehmende Zwangsschlichtung. Als Kompromiß bot die Kirchenleitung den Gewerkschaften an, 15 Prozent des Weihnachtsgeldes zu zahlen mit der Bitte, dies doch vor allem zugunsten der unteren Gehaltsklassen umzuverteilen. Schließlich bekämen die Pfarrer und Kirchenbeamten überhaupt kein Weihnachtsgeld mehr und hätten damit Zeichen gesetzt. Auf die Intervention eines ÖTV-Tarifmitglieds, daß wir bereit wären, auf unser gesamtes Weihnachtsgeld zu verzichten, wenn dann im Gegenzug alle Beschäftigten wie die Kirchenbeamten und Pfarrer unkündbar und pensionsberechtigt würden, erntete der Kollege verlegene Gesichter. Unser Ansinnen, für jede eingesparte Mark von den Gewerkschaften und den MAVen kontrollierbare Beschäftigungssicherung zu bekommen, wurde nicht aufgenommen.

Nach mehreren Marathonsitzungen war klar, daß eine einvernehmliche Lösung zu den Konditionen des Arbeitgebers mit den Gewerkschaftsvertretern nicht zu machen war. Es gab dann einen mit den Stimmen der Arbeitgebervertreter und des Schlichters gefaßten Schlichtungsspruch, der 25 Prozent Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld von 150,- DM nur

Aufruf zum landeskirchenweiten Aktionstag am **10. November** 1997

»Die Kirchen sind als Arbeitgeber auch wirtschaftlich Handelnde. Sie können nicht Maßstäbe des wirtschaftlichen Handelns formulieren und öffentlich vertreten, ohne sie an sich selbst und an das eigene wirtschaftliche Handeln anzulegen.« (Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.)

In einer Zeit, in der mit der Begründung »es sei **kein Geld da**« den Beschäftigten das Weihnachtsgeld vorenthalten werden soll, in der Kündigungen in einer Größenordnung von 1300 bis 1600 zu erwarten sind, wird ein neues zirka 80 Mio. DM teures Konsistorialgebäude errichtet und mehrere Millionen in ein evangelisches Gymnasium gesteckt.

Während die kleine sächsische evangelische Kirche den beschlossenen Neubau eines Verwaltungshauses stoppte, um mit dem Geld ihre Beschäftigten weiter bezahlen zu können, wird dies in der EKIBB von den verantwortlichen Gremien abgelehnt.

Steht in der Berlin-Brandenburgischen Kirche der Mensch nicht mehr im Mittelpunkt? Sind Immobilien wichtiger als Beschäftigte? Bei der Massenarbeitslosigkeit in unse-

rem Land haben Gekündigte kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz.

Diese Kündigungen zu verhindern, den Beschäftigten der EKIBB wieder eine Perspektive zu verschaffen und um die Verantwortlichen in der EKIBB und alle, denen die Ängste der Beschäftigten nicht egal sind, aufzurütteln und zur Umkehr aufzufordern, rufen die unterzeichnenden Gewerkschaften zu einer Protestkundgebung auf.

Wir fordern von Synode und Kirchenleitung der EKIBB:

- ◆ Offenlegung der Finanzen von Landeskirche, Kirchenkreisen und Gemeinden.
- ◆ Sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit den Gewerkschaften über einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung.
- ◆ Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.
- ◆ Aktivierung von Vermögen und Grundbesitz, denn Menschen sind wichtiger als Gebäude.
- ◆ Einen sozialverträglichen, freiwilligen Personalabbau.
- ◆ Die Entwicklung einer Personalplanung für mindestens fünf bis zehn Jahre.

Unterzeichner: Gewerkschaft ÖTV, Landesverband Berlin / Gewerkschaft Kirche und Diakonie (GKD) LV Berlin-Brandenburg /DAG, Landesverband Berlin / Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ■

für die unteren Gehaltsgruppen und die Abschaffung der vermögenswirksamen Leistungen, aber keine Beschäftigungssicherung vorsah.

Dies haben die Gewerkschaften abgelehnt, die Kirchenleitung hat zugestimmt. Spart sie doch bei diesem Ergebnis 75 Prozent eines Monatsgehalts. Und das in einer Zeit, in dem ein landeskirchliches Filetgrundstück für 13 Mio. verkauft wurde, um mit diesem Geld ein evangelisches Gymnasium im Land Brandenburg zu finanzieren. Finanzkrise oder Haushaltskrise? Oder anders gefragt: Erwartet diese Kirchenleitung wirklich von den Beschäftigten den Verzicht auf Gehalt und Arbeitsplatzsicherheit, wenn gleichzeitig über **70** Mio. für einen Konsistorialbau und 13 Mio. für ein Gymnasium bereitgestellt werden? Das gekürzte Weihnachtsgeld hätte damit mehrmals bezahlt werden können! Uns als GewerkschafterInnen war klar, daß die Einnahmen der EKIBB und der Diakonie zurückgegangen sind. Dies liegt aber nicht an unbeeinflussbaren Schicksalsschlägen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die massiv fortschreitende Reduzierung staatlicher Mittel. Kirchlich-diakonisches Handeln zum Beispiel in Kitas, Pflege, Jugendarbeit etc. ist gesellschaftlich notwendig. Hier herrscht nach wie vor Bedarf, den der Staat immer schlechter bezahlt. In einem der reichsten Länder der Welt wird dieser Bereich allmählich ausgetrocknet.

Wir haben unsere Bereitschaft erklärt, zusammen mit den leitenden Stellen von EKIBB und Diakonie den Druck gegen diejenigen in Bonn und Berlin zu richten, die an dieser Schraube drehen.

Heraus aus den Kirchenräumen – an die Öffentlichkeit

Die Marathonsitzungen hatten ein vom Arbeitgeber nicht erwünschtes Ergebnis. Zum einen machte die Blockadepoli-

tik der Kirchenleitung selbst einen so friedlichen Verband wie die GKD wütend, zum anderen hatten die GewerkschaftsvertreterInnen in den vielen Verhandlungspausen und Vor- bzw. Nachbesprechungen ausreichend Gelegenheit zu Kontakten und Gesprächen. So entstand bei der ÖTV die Überlegung, die Stimmungen bei den Beschäftigten aufzugreifen und Wut, Angst und Empörung in die Öffentlichkeit zu bringen. Die anderen drei Gewerkschaften konnten hierfür gewonnen werden und seit September 1997 liefen die Vorbereitungen für einen landeskirchenweiten Aktionstag der EKIBB-Beschäftigten in Berlin. Ein von der ÖTV vorgelegter Aufruf wurde in modifizierter Form zur Grundlage der Aktion (siehe Kasten).

Volksmission einmal anders: Wehrt euch gemeinsam!

Die EKIBB ist eine große Flächenkirche, die im Norden an Mecklenburg, im Osten an Polen, im Westen an Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und im Süden an Sachsen grenzt. Bei der Mobilisierung haben wir uns die Arbeit geteilt. Die GKD/VKM stellte jeder Mitarbeitervertretung in Landeskirche und Diakonie den Aufruf mit Anschreiben zu.

Die GEW mobilisierte schwerpunktmäßig im Kita-Bereich und in den evangelischen Schulen und die ÖTV in den landeskirchlichen Bereichen, den Kirchenkreisen und bei befreundeten Organisationen im Kirchenbereich. Außerdem organisierte die ÖTV mehrere Grußworte, um die Kundgebungsteilnehmenden dadurch zu unterstützen, und war verantwortlich für ein Mobilisierungsplakat, das im Format DIN A2 und in der Auflage von 2000 Stück vertrieben wurde. Ergänzt wurde eine Extraausgabe der ÖTV-Kirchenzeitung **»Kirchengockel«** mit 5000 Auflage gedruckt und vollständig verteilt. Um auch noch die interessierten Gemeinde-

mitglieder zu erreichen, wurde in der offiziellen Wochenzeitung der Landeskirche »Die Kirche« eine auffällige Anzeige geschaltet, die am Wochenende vor der Kundgebung erschien. Auch die Presse informierte, vom »Neuen Deutschland« abgesehen, die ihrer Unterzeile »Sozialistische Tageszeitung« keine Ehre machte. Dafür gab der gutbürgerliche »Tagesspiegel« (in Berlin das zentrale Bildungsbürgerblatt und im öffentlichen Dienst und in der Berliner Kirche als »Dienstblatt« bekannt) in der Sonntagsausgabe vor der Demo einen ausführlichen Hinweis auf die Veranstaltung und den Inhalt. Diese Berichte und die mittlerweile zu verzeichnende Mobilisierung brachte die Kirchenleitung in Zugzwang. Am Tag der Kundgebung erschienen in mehreren Zeitungen Erklärungen der bischöflichen Pressestelle »Die Kirche widerspricht der ÖTV«, in denen unseren Angaben, daß Massenkündigungen geplant seien, widersprochen wurde. Es seien nur wenige Kündigungen geplant.

Im Vorfeld der Aktionen wurden Demosprüche und Slogans für Transparente entwickelt, die aufgrund ihrer Kreativität gut ankamen u.a.:

- ◆ *Der Bischof baut ein neues Haus und schmeißt dafür Kollegen raus.*
- ◆ *In der Berliner Kirche, uns ist ganz bang, gehört Jesus schon zum Überhang.*
- ◆ *Und nächstes Jahr, es ist nicht zu fassen, sind die Apostel auch entlassen.*
- ◆ *Und am Ende der Periode, lebt dann nur noch die Synode.*
- ◆ *Wird die Sparwut noch länger dauern, stehen in der Kirche nur noch Mauern. Denn die Beschäftigten insgesamt, trifft man dann im Arbeitsamt.*
- ◆ *Weniger Lohn und Massenkündigungen -mit uns nicht!*
- ◆ *Halleluja reicht nicht aus: Widerstand ins Gotteshaus!*

Die Kundgebung am 10.11.1997

Je näher der Termin rückte, umso nervöser wurden wir. In der ÖTV-Vorbereitungsgruppe rechneten wir mit 600 bis 1000 TeilnehmerInnen. Die Bühne war für max. 1500 Leute gedacht und die Lautsprecheranlage für max. 2000. Liederzettel mit für den Anlaß umgetexteten Liedern auf der Grundlage bekannter Melodien hatten wir gut 1000 gedruckt.

Als sich dann eine halbe Stunde vor Beginn der Sammelplatz füllte, wurden unsere kühnsten Hoffnungen übertroffen. Nach Polizeiangaben nahmen über 3000 Personen an Demo und Kundgebung teil. Besonders stark waren die Kitas vertreten, bei denen Beschäftigte, Kindergruppen und viele Eltern demonstrierten. Mit vielen Transparenten, Fackeln, Rasseln, Musikinstrumenten und vor allem über 1000 Trillerpfeifen wurde die Aktion optisch wie akustisch ein Erlebnis. Ich weiß aus mehreren Dienststellen, daß sehr viele Kolleginnen und Kollegen zum ersten Mal in ihrem Leben auf einer derartigen Aktion waren. Von anderen DGB-Gewerkschaften gab es beeindruckende Zeichen von Solidarität. So unterbrach etwa der Landesbezirksvorstand der IG Medien für mehrere Stunden seine Sitzung und reihte sich samt IG-Medien-Lautsprecherwagen in den Zug ein. Die Vorsitzende der IG Medien (Bezirk Berlin) hielt ebenso eine Rede wie der Betriebsratsvorsitzende von Osram.

Bei der Abschlußkundgebung vor Berlins Traditionskirche »Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis« blieb der Platz am Kurfürstendamm fast zwei Stunden gefüllt. Es gab kaum ein

Abbröckeln, die Stimmung war hervorragend. Reden und Grußworte wurden mit viel Applaus quittiert. Alle Reden nahmen auf das Sozialwort von EKD und Bischofskonferenz Bezug. Ob EKD und Bischof Huber gehaut haben, daß ihnen ihre eigenen Worte als Spiegel vorgehalten werden würden?

Das Medienecho war so gut wie selten bei einer gewerkschaftlichen Aktion. In der Abendschau des Berliner Fernsehens wurde sachlich berichtet und Bischof Huber wurde nach der wirtschaftlichen Verantwortung der Kirche befragt. In den nächsten Tagen erschienen eine Reihe von positiven Artikeln, sogar im Kirchenblatt. Auf diese Art und Weise gelangte die Botschaft von der erfolgreichen Aktion auch in die ländlichen Teile der EKIBB.

Nach der Kundgebung, die von einigen Synodalen und Konsistorialen »begutachtet« wurde, und nicht zuletzt aufgrund des positiven Echos in den Medien waren Demo, Kundgebung und Massenkündigungen Gesprächsthema auf der Synode. Bischof Huber sprach nur noch von »300 Kündigungen«, was als Erfolg zu werten ist. Wichtiger aber war die Diskussion über den Neubau des Verwaltungsgebäudes, in der Kirchenleitung und Konsistorium arg in Bedrängnis kamen. Aber: Wie beim Staat, so auch in der Kirche. Das Argument, daß bei einem Baustopp trotzdem mindestens 12 Mio. Konventionalstrafe zu zahlen seien, gab den Ausschlag. Die Synode gab grünes Licht, und es darf weitergebaut werden.

Wie ging's weiter? Was hat's gebracht?

Das wichtigste Ergebnis war die gemeinsame Erfahrung, daß eine derartige Aktion überhaupt möglich ist. Immerhin waren fast 50 Prozent der Kolleginnen und Kollegen aus dem Großraum Berlin beteiligt gewesen. Vor einem Jahr hatten in Hannover an einer Protestdemonstration der in der ÖTV-Niedersachsen organisierten Kirchenbeschäftigten 1000 Kolleginnen teilgenommen. Dies war vor Berlin die größte Aktion gewesen. Und jetzt 3000! Außerdem war es erstmals gelungen, alle vier Gewerkschaften zu einer Aktion zusammenzubekommen. Dies sind bewußtseinsmäßig wesentliche Voraussetzungen für künftige Aktivitäten. ÖTV-intern war das die Bewährungsprobe der neuen Mehrheit.

In der ÖTV-Kirche hat diese Erfahrung mobilisierend gewirkt. Zwei weitere Betriebsgruppen sind in Gründung, und die Zahl der Aktiven hat zugenommen.

Tarifpolitisch ist die vom Arbeitgeber geplante Nullrunde verhindert worden, der Abschluß von 25 Prozent Weihnachtsgeld plus zehn zusätzlichen freien Tagen für 1999/98 ergibt materiell etwa 50 Prozent Gesamtvolumen. Interessanter ist, daß die restlichen 50 Prozent ausschließlich zur Kündigungsvermeidung zu verwenden sind und daß seitens des Arbeitgebers bei jeder einzelnen geplanten Kündigung nachgewiesen werden muß, daß dies geschehen ist. Dies macht es wenigstens schwerer, zu kündigen.

Bisher sind alle in der EKIBB ausgesprochenen Kündigungen von den Arbeitsgerichten aufgehoben worden. Dies verzögert allerdings nur diese Kündigungen. Für die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter steht in diesem Jahr an, die Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen in Richtung »Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen« fortzusetzen. Die Arbeitgeber sind angeschlagen und argumentativ in der Defensive. Die Berliner Kirche unter Leitung des »Armani«-Bischofs' Huber ist in Deutschland mittlerweile die einzige, die betriebsbedingt kündigt. Dies ist auch kirchenintern nur

schwer zu begründen². Insofern besteht durchaus Grund zu der Hoffnung, daß die Arbeitsplätze der Beschäftigten verteidigt werden können, wenn dies die Beschäftigten weiterhin selbst tun.

Stand: 14.2.1998 ■

■ DGB IN HESSEN

Konflikte im DGB Main-Kinzig/Offenbach

Im November 1997 wurde der Vorsitzende des DGB-Kreises Main-Kinzig/Offenbach wiedergewählt. Dies allein ist natürlich kein ungewöhnlicher Vorgang. Die Begleitumstände im Vorfeld der Wahl werfen aber aus örtlicher Sicht ein Schlaglicht auf den derzeitigen Zustand der Gewerkschaften und den Stil, wie der hauptamtliche Apparat mit Problemen wie Mitgliederschwund und sinkende Beitrags-einnahmen umgeht.

Im Zuge der Flächenbereinigung, mit der der DGB Verwaltungskosten einzusparen hofft, ist der neue Kreis erst vor wenigen Jahren durch Zusammenlegung von Main-Kinzig (Hanau) und Offenbach entstanden. Die neue Gebietseinheit wurde bisher kommissarisch vom früheren Hanauer DGB-Chef Hareter geleitet, der Offenbacher Röver wurde sein Stellvertreter. Beide gelten innerhalb des DGB als »links« und politisch engagiert auch in der SPD. Aus diesem Grunde – persönliche Querelen mögen hinzukommen – war Hareter im DGB Main-Kinzig/Offenbach nicht unumstritten. Die größte Gewerkschaft, die IG Metall, stand zwar auf seiner Seite (in der Verwaltungsstelle Hanau/Fulda spielen Linke – v.a. aus dem Bereich der DKP – traditionell eine aktive Rolle); andere – wie etwa die Hanauer ÖTV – steuerten aber dagegen. In einem gespannten Klima sah der örtliche DGB der ersten ordentlichen Wahl seines Vorsitzenden entgegen.

◆ Im Sommer 1997 brach unter den Gewerkschaften im Main-Kinzig-Kreis der Streit offen aus. Der ursprüngliche Anlaß lag eigentlich in der Auseinandersetzung zweier kommunaler Institutionen (Friedensbeirat und Landrat), doch schon bald wurden auch innergewerkschaftliche Konflikte hieran abgearbeitet.

◆ Das Sozialamt des Main-Kinzig-Kreises hatte zwei Flüchtlingsfamilien aus Bosnien bzw. Kosovo die Zahlung von Sozialhilfe verweigert mit der Begründung, sie hätten sich durch illegalen Handel mit Autos bzw. Zigaretten Einkünfte verschafft. Der Friedensbeirat brachte dies in die Öffentlichkeit, Sozialdezernent Pipa legte seinerseits mit bis dato unbewiesenen Details aus polizeilichen Ermittlungen nach, Medien und interessierte LeserbriefeschreiberInnen beteiligten sich auf ihre Weise. Am Ende klärte ein Gerichtsurteil des Frankfurter Verwaltungsgerichts, daß es keine erhärtbaren Hinweise auf Verfehlungen gebe, zumal die Flüchtlinge die Sperrfrist des Sozialamts nur durch Spenden der Diakonischen Flüchtlingshilfe überleben konnten.

1 So die kircheninterne Bezeichnung aufgrund seiner Vorliebe für Textilien aus dem Haus Armani.

2 Bischof Huber, der zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Berliner Bischof auch die Option hatte, in Heidelberg ein sicheres SPD-Bundestagsmandat zu erhalten, hat intern durchblicken lassen, daß er mittlerweile seine Annahme der Berliner Wahl für falsch halte.

◆ Sprecher des Friedensbeirates ist der DGB-Vorsitzende Ferdinand Hareter. Ihm warf der Geschäftsführer der ÖTV Hanau, Michael Schweitzer, vor, Interessen der Kreisbeschäftigten (damit von Gewerkschaftsmitgliedern) verletzt zu haben. Begründung: Sachbearbeiter des Sozialamtes seien nach Angabe von Pipa von Flüchtlingen massiv bedroht, sogar geschlagen worden. Auch diese Aussage mußte Pipa später zurücknehmen. Aus Gelnhausen beteiligte sich die dortige IG Bau an der Kampagne gegen Hareter mit der plumpen Parole: Wenn man die Schwarzarbeit am Bau bekämpfen wolle, dürfe man illegale Praktiken von Asylbewerbern nicht dulden.

◆ Noch deutlicher sah die ÖTV ihre Belange verletzt, als der DGB-Vorsitzende die untertarifliche Bezahlung der Auszubildenden beim BBZ (Beschäftigungsgesellschaft des Kreises) öffentlich anprangerte, die zudem durch einen gerade abgeschlossenen Haustarifvertrag zementiert wurde. Die Finanzlage des Kreises lasse keine andere Möglichkeit zu, so Pipa und Schweitzer unisono, aber man tue wenigstens etwas, um benachteiligte Jugendliche von der Straße zu bekommen. Schweitzer faßte dies alles in der Behauptung zusammen, daß die Mitglieder der ÖTV sich durch Hareter nicht mehr vertreten fühlten.

◆ Daß die Auseinandersetzungen auch in Zukunft nicht abreißen werden, ließ schon der nächste Konflikt um das hessische Programm »Arbeit statt Sozialhilfe« ahnen. Auch hier geht es wieder um die Frage untertariflicher Bezahlung in Fördermaßnahmen des Main-Kinzig-Kreises, die die Region wohl noch weiter beschäftigen wird.

Offensichtlich zielte die Kampagne, soweit sie persönlich geführt wurde, auf die Verhinderung der Wiederwahl des DGB-Kreisvorsitzenden ab. Es wurde sogar versucht, einen Gegenkandidaten (zum Beispiel Hareters Stellvertreter Röver, der dazu jedoch nicht bereit war) aufzustellen, allerdings ohne Erfolg. Zur Debatte standen nicht nur Personalfragen, sondern unterschiedliche Auffassungen gewerkschaftlicher Strategie in Zeiten »leerer Kassen«.

Die örtliche ÖTV etwa nimmt dieses Diktat der schlechten Finanzlage unwidersprochen hin, ohne zu fragen, warum die öffentlichen Kassen leer sind, die Unternehmer immer weniger Steuern zahlen, andererseits ihre Personalkosten durch Massenarbeitslosigkeit abwälzen etc. Sie geht diese Probleme nicht politisch an, sondern versucht sich an der »gerechten« Verteilung des Mangels. Ausdruck dieser Konzeption ist zum Beispiel das »Co-Management« in der gemeinsamen, »sozialverträglichen« Bewältigung des von der Kassenlage und von Weisungen des Darmstädter Regierungspräsidenten aufgezwungenen Personalabbaus.

Diese Maßnahmen tragen wohlklingende Titel wie »Haushaltskonsolidierung« und »Strukturreform«; der »Konzern Stadt« wird »bürgernah«, »kundenfreundlich«, »wettbewerbsorientiert« etc. ausgestaltet; die Beschäftigten erhalten mehr »Verantwortung« und dürfen sich gegebenenfalls auch selbst wegrationalisieren, ohne daß sie es so richtig mitbekommen.

So versteht die ÖTV »Interessenpolitik« in Abhängigkeit von den herrschenden Verhältnissen, und gerade im Main-Kinzig-Kreis beansprucht sie eine Vorreiterrolle, die sie durch die aufwendige Organisation von Konferenzen zur Verwaltungsreform (SozialwissenschaftlerInnen dürfen sich auf Kosten von Mitgliedsbeiträgen auskotzen) auch bundesweit zu unterstreichen versucht.

Ähnlich die IG Bau: Ihr Problem ist die radikale Zersetzung des Flächentarifvertrags in der Baubranche und die immer größer werdende Hilflosigkeit gewerkschaftlicher Abwehrmaßnahmen gegen die Praktiken, mit denen Bauunternehmer die Schutzvorschriften und Mindestlohnbestimmungen unterlaufen. Populäre rassistische Sprüche gegen Asylbewerber sind allerdings kein Mittel, damit fertig zu werden. Sie entlasten nur das Unternehmertum, das prekäre Soziallagen ausnutzt.

Im Gegensatz hierzu stehen die Versuche Hareters, soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Sozialabbau, Lage von Flüchtlingen etc. politisch aufzugreifen und kampagnenartig in die Öffentlichkeit zu bringen. Man mag mit der Art und Weise, wie dies geschieht, inhaltlich oder in taktischen Details nicht einverstanden sein. Selbstverständlich können auch die Illusionen nicht geteilt werden, die er hierbei in seine Partei, die SPD, setzt. Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß er als Vorsitzender des DGB keinerlei tarifliche Auseinandersetzungen führen muß und deshalb relativ unverbindlich auf allgemeinpolitischen Feldern agieren kann (und muß). Diese Relativierung ändert jedoch nichts daran, daß hier der entscheidende Unterschied zu der Herangehensweise derjenigen liegt, die sich vielleicht in der Sonne des neoliberalen »Zeitgeistes« wännen. Der rein betriebswirtschaftlich, pragmatisch und lobbyistisch orientierten Denkweise seiner Gegner setzt Hareter klassische gewerkschaftliche Werte entgegen: Aufhebung des Konkurrenzdenkens unter den Lohnabhängigen durch Solidarität über die von Kapital und Nationalstaat gesetzten Grenzen hinweg. Deswegen wurde seine Wiederwahl vor Ort zum Politikum – auch in Medien wie »Hanauer Anzeiger«, »FR« und »FAZ«.

Die Abstimmung ergab ein klares Bild: Etwa 80 Prozent der Kreisdelegierten votierten für Hareter. Dies spiegelt jedoch bestenfalls die Stimmung innerhalb des haupt- und ehrenamtlichen Funktionärskörpers und einiger Aktiven wider. Insgesamt fühlte sich die Mitgliedschaft hierbei nicht angesprochen. So blieb es ein Bühnenstück: Gegeben wurde »Funktionärsgezänk« von DGB, ÖTV und Co., das Publikum rührte keine Hand.

Wie gering der Spielraum im hauptamtlichen Apparat ohne aktives Eingreifen von außen ist, zeigt sich etwa bei der Gestaltung des 1. Mai in Hanau. Waren in den letzten Jahren die Reden noch vergleichsweise kämpferisch und analytisch, so zeigte sich 1997, daß der Hauptvorstand in Düsseldorf auf das Treiben in Hanau aufmerksam geworden ist. Er drückte dem Main-Kinzig-DGB den hessischen Ministerpräsidenten Eichel als Redner aufs Auge und überließ es den örtlichen Funktionären, dies gegenüber den unzufriedenen, aber vereinzelt agierenden Aktiven durchzusetzen. Eichel erhielt damit die Gelegenheit, ausgerechnet am 1. Mai die hessische Schulpolitik zu verteidigen, ohne sich von den zahlreich erschienenen LehrerInnen und ihren mitgebrachten Transparenten davon abhalten zu lassen.

Die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Mobilisierungsfähigkeit und Kampfbereitschaft kann nicht aus dem hauptamtlichen Apparat kommen, den Funktionäre wie Hareter und Schweitzer in ihren unterschiedlichen Ansätzen beide repräsentieren. Betriebswirtschaftliche Logik, Kooperation mit Kapital und Staat, Versicherung und Rechtsschutz sind Praktiken, die unter Bedingungen politischer Apathie in der Mitgliedschaft in Einzelfällen mehr bringen und inso-

weit Zustimmung finden mögen als das »abstrakte« Aufgreifen von sozialen Problemen der Lohnabhängigen insgesamt. Doch auf das Bewußtsein der gemeinsamen Klasseninteressen kommt es letztlich an, um den ständigen Angriffen des Kapitals Widerstand zu leisten. In diesem Sinne setzte die Wiederwahl Hareters ein positives Zeichen – nicht mehr, nicht weniger.

1.3.1998 ■

■ HAMBURG:
SPD-GAL-GRUNDLAGENVEREINBARUNG

Die kommunale Finanzmisere verstärkt das Arbeitslosenproblem

Nach dem Wahldebakel der SPD vom 21. September 1997 folgte zwangsläufig (siehe auch Arpo 4/5, 1997) – nachdem Voscherau einen personenbezogenen Bürgerschaftswahlkampf geführt hatte – der »saubere Schnitt« und der Rücktritt des Bürgermeisters von seinen Ämtern.

Schnell hatten sich die obersten SPD-Gremien auf den neuen Bürgermeisterkandidaten Ortwin Runde – bislang Finanzsenator unter Voscherau – und auf den neuen Koalitionspartner Grün-Alternative-Liste (GAL) verständigt. Beide Parteien bildeten mit je zwölf Mitgliedern eine Verhandlungskommission, in der die Vorhaben für die nächste Legislaturperiode in einer Grundlagenvereinbarung (GLV) verankert wurden.

Der »historische Moment« – von dem Runde nach Vertragsabschluss sprach – durfte nicht fehlen. An ihn werden sich arbeitslose und verarmte Bevölkerung wohl morgen und auch nach Jahren nicht mehr erinnern, denn die Hoffnungen auf eine schnelle und dauerhafte Änderung ihrer Lebenssituation werden sich schon auf Grund der Finanzmisere des Staates nicht erfüllen.

In der »feierlichen« Einleitung der Grundlagenvereinbarung (GLV) wird dann auch ohne Umschweife von »Massenarbeitslosigkeit«, mit Folgen von »sozialer Spaltung« und »Zukunftsängsten« gesprochen. »Gleichzeitig spitzt sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte dramatisch zu« – soll heißen – der Zeiger des Pflästerchenlebens vergangener Jahre wandert auf Null.

Drastischer formuliert es der finanzpolitische Sprecher der GAL, Maier, in der »Morgenpost«: »Die Stadt ist pleite!« (21.10.97) Nur allein mit dieser Feststellung und dem Vorwurf der GAL-Sprecherin Sager, daß die »Bonner« verantwortlich seien für eine verfehlte Sozial-, Beschäftigungs- und Steuerpolitik, wird es auch in Zukunft keinen Arbeitsplatz mehr geben.

Über konkrete Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird in der Grundlagenvereinbarung nur wenig gesagt. Die vagen Ankündigungen, Vorschläge und Versprechungen bleiben ungenau und auslegbar: »Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Rahmen einer innovativen Wirtschaftspolitik« (GLV), was wohl soviel heißen soll, wenn Unternehmer oder solche, die es werden wollen, finanzielle, grundstücksbezogene oder andere Wünsche haben, dann ist die Hansestadt Hamburg noch nicht »ganz« pleite. In ähnlicher Richtung verlaufen auch die vorbereiteten Hoffnungen, daß ein übergreifendes »Wirtschaftspolitikressort« (Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Technologie- und Hochschulpolitik, Stadtentwicklungs-, Bildungs- und Umweltpolitik sollen eng miteinander verknüpft werden) die Grundlage für neue

Arbeitsplätze schafft und daß die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen die »soziale Spaltung« überwinden hilft. An diese Politikerhoffnungen müssen Regierung, Bürgerschaft und Opposition wohl glauben – sie zumindest ans Wahlvolk glaubhaft verkaufen können – wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen.

SPD-Exkanzler Schmidt schimpfte auf dem Analytikongreß über »*Steuerschlupflöcher für Hochverdienende*«, empfahl Güter und Leistungen zu produzieren, »*die die anderen in Osteuropa und Asien einstweilen noch nicht herstellen können*« und empfahl der Bonner Regierung eine »finanzwirtschaftliche *Generalinventur*« (Welt, 11.11.97), die den Stopp der Sozialabgaben beinhalten und damit den Abstand zu den unteren Lohngruppen wieder herstellen sollten. Gute Ratschläge für Parteifreund Runde, aber nur Muster ohne Wert, weil konkrete Handlungsanweisungen fehlten. Denn wie will Schmidt in der sogenannten globalisierten Welt diese alten Ladenhüter absetzen, die zu seiner Zeit kaum halfen und heute noch viel weniger?

Viel »Programm« für die Lösung der Arbeitslosigkeit

Krista Sager, Wissenschaftssenatorin, hat andere Wünsche – sie möchte die Ressourcen der Stadtteile nutzen, Kirchen, Stiftungen, Schulen und Unternehmen »vernetzen«, um Armut und Arbeitslosigkeit zu begegnen – denn: »*Es sind ja nicht alle arm. Diese Stadt ist auf eine stärkere Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren angewiesen.*« (Welt, 28.10.97) Welchen erwachsenen Menschen will sie dieses Märchen erzählen?

Vielleicht den Firmenbesitzern von Ortman & Herbst? Es vergeht fast keine Woche, in der nicht Hiobsbotschaften Politiker und Wähler aus ihren Tagträumen in die Wirklichkeit zurückholen. Die Themen Hafenkrankehaus und Bavaria-Brauerei sind noch nicht abgeschlossen, da steht schon ein neues Konkursverfahren der renommierten Maschinenbauer, der Firma Ortman & Herbst, auf der Tagesordnung (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe).

Die 530 Beschäftigten sollen jedenfalls ab 1. Januar 1998 in einer Auffanggesellschaft neun Monate weiter beschäftigt werden. Für 120 Mitarbeiter (von 530) besteht Hoffnung auf Weiterbeschäftigung bei dem Aufkäufer der Konkursfirma. Kommentar des FDP-Sprechers Müller-Sönksen: »*Nach dem ordnungspolitischen Sündenfall Bavaria ist dies ein weiterer Schritt in Richtung planwirtschaftliche Verstaatlichung. Wir haben nicht umsonst ein Konkursrecht.*« (Welt, 29.11.97)

Die dicken Backen des FDP-Sprechers verraten den Maulhelden und die bis zur Bedeutungslosigkeit in Hamburg heruntergekommene Partei der »Besserverdienenden«: Nicht in der politischen Verantwortung, was kümmert mich also mein Geschwätz von gestern? Dabei bleibt Sozialdemokraten und Grünen (und CDU/FDP in Bonn) gar keine andere Wahl als Landesregierung, bei größeren Unternehmen mit Steuergeldern Pleiten zu verhindern und Arbeitsplätze zu retten, obwohl sie gegen eherne kapitalistische Gesetze, nämlich vom Fressen und Gefressen-Werden, verstoßen.

Bürgermeister Runde mit SPD und GAL wurden vom Vorgänger Voscherau in schwere See gestoßen. Runde zitierte seine Söhne im Fernsehen NDR III: »*Au, Ortwin, was hast du dir da vorgenommen?*« Als verlässlicher Sozialdemokrat übernimmt er Verantwortung, wenn die Partei ruft. Er sorgt weiter für den Machterhalt der Hamburger SPD, befördert den erhofften Machtwechsel in Bonn und betätigt sich als

Futterkrippenbeschaffer für die ausgehungerte Grün-Alternative-Liste.

Wenn es stimmt, daß Arbeitslosigkeit und Armut, wie die Senatsregierung hofft, nur mit »*zukunftsweisenden Antworten*« (TAZ, 8.10.97) zu beheben sind, so geben sie den Betroffenen außer: Jedermann ist seines Glückes Schmied – wenig Handfestes. Unternehmensgründungen sollen verbessert, Existenzgründungen erleichtert und kleinen und mittleren Unternehmen hochwertiges Industriegelände bereitgestellt werden. Das ist eine Aufforderung an Unternehmer oder die, die es werden wollen oder müssen. Subunternehmertum und Scheinselbständigkeit (- im Vertrag ausdrücklich abgelehnt -) entstanden oftmals aus der Situation, daß sich Langzeitarbeitslose mit diesen »Beschäftigungsmöglichkeiten« Hoffnungen auf schnellen und guten Verdienst machten und machen. Ob diese »Auswege« empfehlenswert sind, darüber müssen die Betroffenen selbst berichten.

»Flagge zeigen« auf einem SPD-Stadtteilfest?

An anderer Stelle der Grundlagenvereinbarung wird noch einmal versucht, Armut als Zustandsbeschreibung etwas konkreter zu fassen. So wird erklärt, daß von 1998 an jährlich 230 Mio. DM für »*aktive Arbeitsmarktpolitik*« ausgegeben werden sollen. Wie, wo und wieviel im einzelnen von diesen Beträgen eingesetzt wird, wird nicht berichtet, wissen aber wohl die Senatsexperten.

Ob der neue Senat die ständig wachsenden sozialen Probleme stabilisieren kann oder sie noch weiter zunehmen, ist weniger abhängig von Programmen, Personen, Parteien und Verbänden, sondern davon, ob die mittlerweile international wirkende Krisen- und Profitwirtschaft weiterhin ungestört ihre Interessen wahrnehmen kann oder ob sie daran gehindert wird. Denn eines ist sicher: Die geplanten Maßnahmen der Senatsregierung ändern nichts, sondern »doktern« nur weiter an den Erscheinungsformen herum.

»*Bis drei Wochen vor der Wahl hatte ich ein richtig gutes Bauchgefühl*« (Süddeutsche Zeitung, 4.10.97), interpretierte Runde sein Vorgefühl und das dann tatsächlich schlechte Abschneiden seiner Partei. Hatte sein Vorgänger Voscherau mit seinen Law-and-Order-Parolen zu spät begonnen, schlafende Hunde geweckt oder nahmen ihm die von der SPD enttäuschten Wähler seine theaterreif inszenierten Auftritte nicht mehr ab? Voscherau und seine »rechten« Parteihelfer verschwanden von der Partei- und Regierungsbühne, ohne große Erklärungen und Antworten auf das angerichtete Desaster.

Dieser Abgesang hatte aber eine dazu passende Vorgeschichte. Auf einem SPD-Stadtteilfest in Hamburg-Hamm, auf dem der Bürgermeister die Erfolge seiner Amtszeit und die Perspektiven und Botschaften der nächsten Jahre darlegen wollte, übernahmen zwischen dreißig und vierzig Jung-NPDler »*das Bürgermikrofon*« und diktierten dem *Bürgermeister die Themen*.« (TAZ, 15.9.97) Als man ihn schließlich mit »*Arbeiterverräter*« beschimpfte und eine Massenschlägerei zwischen SPD-Anhängern und Skinheads drohte, verließ er von Leibwächtern geschützt im Wahlkampfbus die Veranstaltung. Die Sturmglocken läuteten bei ihm schrill, das kannte Voscherau bislang nur aus den Geschichtsbüchern der Nazizeit. Auch damals liefen viele der sogenannten Weimarer Demokraten vor den braunen Horden weg. Aber bei seinem kurzen Auf- und Abtreten säuselte erstmals ein Lüftchen. In Anbetracht der augenblicklich

in Hamburg laufenden Kampagne des Polizeipräsidenten Uhrhau zu mehr Zivilcourage der Bevölkerung, hat er seinem Exbürgermeister sicher wohl ein Exemplar zur empfehlenswerten Nachahmung übersandt.

Das war, um aufs Thema zurückzukommen, kein Heimspiel für Voscherau vor ausgesuchtem Publikum. Auf 1.-Mai-Veranstaltungen in der Vergangenheit erschien er fesch mit Arbeitermütze, anderntags als Staatsmann und Gastgeber vor Reedern und »Pfeffersäcken«. Sein Repertoire war vielfältig. Bei der Schließung des Hafenkrankehauses und der Übernahme der Bavaria-Brauerei in Staatsbesitz krepelte er selbst die Ärmel auf und übernahm die Fahne. Seine damalige Gesundheitsministerin nahm er mit einem kurzen Tritt vors Schienbein aus der Schußlinie und wickelte beide Problemfelder mehr oder weniger »sozialverträglich«, aber werbewirksam in wenigen Wochen vor der Wahl ab.

»Fast die Hälfte *aller Wahlberechtigten haben keiner der hier vertretenen Parteien ihre Stimme gegeben*« (Welt, 15.11.97), deklamierte Runde selbstkritisch das Wahlverhalten in seiner Regierungserklärung und weiß, daß er Vertrauen schneller verlieren als zurückgewinnen kann. Seine vorgebrachten Absichtserklärungen wirken glaubhaft und ernstgemeint, nur damit allein wird er seine gesteckten Ziele nicht erreichen, denn die Staatskasse ist leer – das weiß er aus seiner Zeit als Finanzsenator – und die Millionärshochburg Hamburg als Sponsor wird sie nicht füllen. So wird's dabei bleiben, auch er und seine Senatskollegen werden sich den kapitalistischen »Sachzwängen« beugen müssen.

Das Thema Wettbewerbsfähigkeit ist abgehakt?

»*Ich nehme mir die Freiheit und halte das für eine politische Pflicht, das Gesamtkunstwerk mit Abstand durchzulesen und dann zu bewerten.*« (Hamburger Abendblatt, 5.11.97) Was die GAL-Partei-»Linke« Anna Bruns »*Gesamtkunstwerk*« nennt, ist der fast hundertseitige Koalitionsvertrag, der in wesentlichen Fragen noch die Handschrift des alten Senats trägt. Elbevertiefung, Hafenerweiterung, vierte Elbröhre, Flughafenausbau, Dasa-Erweiterung – nur um die wichtigsten Vorhaben zu benennen – wurden von den beiden Verhandlungsdelegationen »*abgenickt*« (Delegationsjargon), weil angeblich Planung und Finanzierung im fortgeschrittenen Stadium die Koalitionsgespräche schon frühzeitig zum Scheitern gebracht hätten.

An die Fleischtöpfe – oder weitere vier Jahre auf den harten Oppositionsbänken – diese Alternative ließ auch Delegationsteilnehmerin Bruns die »*Kröte schlucken*« und das »*Gesamtkunstwerk*« gutheißen.

Die härtesten Brocken am Anfang – SPD-Delegation und -Bürgerschaft waren überrascht, wie flott sie mit der GAL zu Rande kam. Voscherau und Exwirtschaftssenator Rittershaus hatten gute Vorarbeit geleistet, so daß sogar der Hamburger Industrieverband beiden Delegationen in den Koalitionsverhandlungen »positive *Akzente*« bescheinigte. Das unterstreicht die Tatsache, daß beide Parteien die gewünschten Infrastrukturmaßnahmen, die Industrie und Handel mit dem Standort Hamburg anmahnten, von ihren Vorgängern übernahmen und ohne großes Wenn und Aber auch für sich akzeptierten. Hamburgs Wettbewerbsfähigkeit genießt höchste Priorität!

Hamburg muß bis 2001 jährlich 300 Mio. DM im Betriebshaushalt einsparen. Davon sollen 75 Mio. DM auf Personaleinsparungen entfallen, mit dem Zusatz, daß es aber zu

keinen »*betriebsbedingten*« Entlassungen kommen soll. »*Arbeitsplätze haben nicht in jedem Fall Vorrang.*« (TAZ, 8.10.97) Als GAL-Senator Maier dies äußerte, hatte er die »*ökologische Zukunftsfähigkeit*« Hamburgs im Auge und dachte vermutlich an die Schließung des Atomkraftwerkes Brunsbüttel (und nicht an Ortmann & Herbst) und an die Entlassungen der Mitarbeiter, die dann wohl »fürstlich« von der HEW in den Ruhestand geschickt würden. Neu wäre, wenn seine Ansichten den Betrieb Strom- und Hafenausbau betreffen, den die GAL gern in eine neue Rechtsform gegossen hätte. Die Grünen hätten dann den gewünschten effektiveren Dienstleister erhalten, mehr Marktwirtschaft einführen können, die betrieblichen Bereiche durchforsten und auf den Betriebsversammlungen den Mitarbeitern ihre Modernisierungsvorschläge »verklickern« müssen. Dieses Vorhaben hat die SPD mit ihrem Nein erst einmal vorläufig auf Eis gelegt. Im übrigen läuft die Modernisierung bei Strom- und Hafenausbau schon seit langem. Ähnlich wie vor kurzem beim Schlepperkrieg im Hafen, stehen auch holländische Firmen beim Ausbaggern der Strom- und Hafenbecken mit modernem Baggergerät in Konkurrenz zu den Deutschen. So wurde zum Beispiel das Personal auf Schuten schon vor Jahren halbiert – die »schlafende« Gewerbeaufsicht – oder sind Ein-Mann-Schuten mittlerweile gestattet? – läßt grüßen! Von Strom- und Hafenausbau wurde auf »betriebsbedingte« Kündigungen verzichtet, aber bei Ausscheiden von Mitarbeitern durch Krankheit und Alter werden diese nicht ersetzt.

Die »*ökologische Modernisierung*« der GAL aber zeigt doch deutlich, daß ihre »linken« Sprüche und deren Anhänger mehr und mehr über Bord gehen und untertauchen. Zu einer parteiinternen Auseinandersetzung müßte es zum Beispiel kommen, wenn die SPD ihr geplantes Standorthochziel, die erhoffte Dasa-Erweiterung mit Personalaufstockung auf Finkenwerder, am ökologischen Geplänkel der Grünen zu scheitern drohte. Im übrigen, eine Dasa-Erweiterung würde sogar die CDU-Blankenese-Klientel auf die Barrikaden treiben. Denn Betriebserweiterungen und Geldverdienen gilt für die CDU-Führung überall als oberstes Gebot, nur nicht der Fluglärm vor der eigenen Haustür. Ersten Anschauungsunterricht erteilt die Berufungsverhandlung vor dem Obergericht einiger Elbchaussee-Anlieger gegen den »Beluga«-Fluglärm auf Finkenwerder.

Vom dauernden Nach- und Aufgeben von »schönen« Vorstellungen durch Wünsche im eigenen Lager und Forderungen der SPD erlitt die »linke« GAL-Verhandlungsteilnehmerin, Antje Möller, eine schwere Magenverstopfung. Von vielen Krötenschlucken hatte sie sich überfressen und klagte vor ihren Mitgliedern: »*Mir ist es noch nie so schlechtgegangen, seit ich Politikmache. Aberjetzt schon aufzuhören, (mit dem Fressen?) ist einfach zu früh.*« (TAZ, 18.10.97) Dann weiterhin guten Appetit!

SPD und GAL haben eine geheime »Sensibilitätsliste« angelegt, in der die Reihenfolge bei weiteren Steuerausfällen von zu veräußernden Vermögenswerten (sprich Tafelsilber) beschlossen wurde. Dabei ist interessant, daß einerseits »*mietenpolitisch nicht relevante städtische Wohnungen*« gegebenenfalls an die Landesbank verkauft werden sollen, andererseits aber städtische Wohnungsbestände von SAGA und GWG »*grundsätzlich nicht zum Verkauf*« (GLV) stehen.

Auf Vorschlag der GAL wird die Fehlbelegungsabgabe gesenkt. Davon profitieren etwa 10.000 Mieter, die bislang mit ihrem Einkommen 85 bis hundert Prozent über den Gren-

Wohlklingelnde Formeln verdecken die Kapitulation

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und GAL strotzt nur so von schönrednerischen Formulierungen und Versprechen, die aber immer mühsamer die Tatsache verdecken, daß sich dahinter die Kapitulation sozialdemokratischer Reformpolitik verbirgt. Angesichts der Verhältnisse – leere Kassen, hohe Arbeitslosigkeit, Armut – unterwirft sich die SPD mehr und mehr den immer unverhüllter vorgetragenen Profitinteressen der Unternehmer. Ihr einziges Interesse ist es noch, sich nicht von den durch die Regierung zugänglichen Fleischtopfen zu trennen.

Ein Beispiel ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. So heißt es im Koalitionsvertrag: »Zur Sicherung der Ausbildungschancen sind daher verstärkte Anstrengungen erforderlich. Vordringliches Ziel ist die Eingliederung Jugendlicher in das duale Ausbildungssystem.« Und zu den vorgesehenen Maßnahmen heißt es dann u.a.: »Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe soll durch eine Optimierung der inhaltlichen, methodischen und fachlich-organisatorischen Kooperation von Betrieb und Berufsschule (differenzierte Abstimmung der Lerninhalte zwischen Berufsschule und Betrieb, Optimierung der bestehenden Möglichkeiten innerer und äußerer Differenzierung der Berufsausbildung) erhöht werden.«

Viele unverständliche Worte für einen Laien, aber doch voller Lichtblicke: Zweimal »Optimierung« klingt positiv, dazu noch »Kooperation«, ein Schuft, der Böses dabei denkt.

Tatsächlich verbirgt sich hinter diesen Sprachhülsen ein Angriff der Handels- und der Handwerkskammer auf die Berufsschulzeit der Auszubildenden. Diese haben nämlich »entdeckt«, daß die »Ausbildungsbereitschaft« der Betriebe gesunken ist, weil die Lehrlinge sich zu lange in der Schule aufhalten und zu wenig im Betrieb sind, das heißt zu wenig als Arbeitskräfte zur Ausbeutung zur Verfügung stehen. Daher die Forderung: Man solle die Berufsschulzeit kürzen, um so die »Ausbildungsbereitschaft« der Betriebe zu

erhöhen. Da im September 1997 Wahlen anstanden und es der SPD darum ging, die Schlagzeile: »Immer noch viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz«, wegzukriegen, vereinbarte sie im Februar 1997 mit den Kammern ein »Bündnis für Ausbildung«, in dem es um nichts anderes ging, als die Forderungen der Kammern zu erfüllen. Anfangs machte sogar noch der DGB mit, als denn doch zu viele Proteste aus den Schulen, von der GEW und anderen Gewerkschaften kamen, zog er sich erstmal zurück. Die SPD in Gestalt der Schulbehörde zog aber durch: Der Berufsschulunterricht wurde »verdichtet«, das heißt auf acht Stunden pro Tag verlängert, so daß in drei Lehrjahren die Auszubildenden ein paar Wochen länger im Betrieb »der Ausbildung zur Verfügung stehen«. An den Berufsschulen gab es Aufregung und Empörung, da niemand sich allen Ernstes vorstellen kann, daß der Großteil der Auszubildenden sinnvoll einen achtstündigen Schultag durchstehen kann. Da eine so einschneidende Veränderung der Unterrichtsorganisation nun der Zustimmung der schulischen Mitbestimmungsgremien bedurfte, war die Schulbehörde gezwungen, das von ihr selbst eingeführte Schulgesetz zu ignorieren und alle die Kräfte, die die Schulreformen der Vergangenheit mitgetragen und mitgestaltet hatten, vor den Kopf zu stoßen. Das sind oder waren in der Mehrheit SPD-Leute, viele davon Schulleiter, die nun von oben die Anweisung bekamen, die Verschlechterungen umzusetzen. So zerstört die SPD zunehmend ihr eigenes Fundament.

Natürlich brachte die Verkürzung der Berufsschulzeit keinen einzigen Ausbildungsplatz mehr, deshalb soll die »Kooperation zwischen Schule und Betrieb« (sprich: Diktat der Kammern) laut Koalitionsvertrag auch fortgesetzt werden mit dem Auftrag: Wie kann man die Schulzeit noch weiter reduzieren? Jetzt sind die Unterrichtsinhalte dran, in erster Linie »unnötige« Fächer wie Politik und Deutsch, Sport wurden bereits gestrichen. Wenn man solche Fächer auch noch wegekürzt, können die Lehrlinge ja dafür in die Betriebe gehen usw. usf. Irgendwann wird ja die Ausbeutungsbereitschaft der Betriebe mal hoch genug sein. 15.2.1998 ■

zen des sozialen Wohnungsbaus lagen. Die Sätze sollen jetzt um eine bis zwei Mark je Quadratmeter sinken und damit verhindern, daß besserverdienende Mieter ins Umland abwandern. Diese Entlastung ist wohl auch ein sogenannter »grüner Akzent«, der »das Leben für bestimmte Menschen sehr viel nachhaltiger beeinflussen als die Elbevertiefung.« (Krista Sager in Welt, 5. 11. 97)

Senatorenposten werden feilgeboten

Exbürgermeister Voscherau, bekanntlich dicht mit der Hand am Puls des Bürgers, hatte kurz vor der Wahl sein Augenmerk auf Recht und Ordnung gelegt. Davon ist im neuen Koalitionsvertrag – dank des Rückzugs – nicht mehr viel wiederzufinden. Daß die Vertragspartner »die Sorgen vieler Menschen um die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ernst« nehmen, daß »quartiersbezogener« Streifendienst der Polizei Bürgernähe und Sicherheit demonstrieren und daß »Straßenraub, Gewalt gegen Frauen und Minderheiten« und Wirtschaftskriminalität zukünftig Schwerpunkte setzen sollen, sind überwiegend Allgemeinplätze, die aber diesmal zwischen den Partnern penibel schriftlich fixiert wurden.

Die GAL-Delegation – sie besitzt im Gegensatz zur SPD noch keine jahrzehntelange Regierungspraxis – weiß aus Oppositionserfahrung, was bei Verhandlungen so alles unter den Tisch fällt, wenn nicht alles peinlich genau festgehalten wird. Den Umfang des »Gesamtkunstwerkes« bestimmte dann auch die GAL, für die jetzt anstehende Durchführung stehen viele Fragezeichen.

Rangelei gab's jedenfalls um die Senatorenplätze Inneres und Justiz nicht. Bürgermeister Runde hatte der GAL die Posten wie Sauerbier angeboten – weil er wohl gern gesehen hätte, wenn sie die »repressiven« Ämter übernommen hätten – aber die Grünen lehnten mit der Begründung ab, sie verfügten im Augenblick nicht über Leute mit entsprechenden Qualitätsmerkmalen.

Etwas ist allerdings doch von Voscherau eingefädelt Maßnahmen geblieben: »Schwarzfahren und Ladendiebstahl« sollen künftig auf dem schnellsten Wege abgeurteilt werden, damit die meist jugendlichen Übeltäter mit der erzieherischen Weisheit »die Strafe folge auf dem Fuße« auf den Pfad der Tugend zurückkehrten. Beim in die Schweiz geflohenen Bäderkönig Zwick – einem alten Duzfreund von

Franz-Josef Strauß – ist diese Strafmaßnahme wohl ausgeblieben, weil wohl Steuersünden in zweistelliger Millionenhöhe Peanuts und in Bayern deshalb nicht verfolgungswürdig erscheinen. Die CSU-Creme ist mittlerweile durch Verbrauch und Alter so zäh und schmierig, daß die Justiz den Fall wegen Verjährung dem Orkus überantwortete.

Die Zahl der Jugendlichen wächst, die ohne Berufsperspektive »herumlungern« und mit Sozialhilfe und Betteln den Alltag verbringen. Die Wirklichkeit, ihre tägliche Umgebung erzwingt den Verzicht auf ein »normales« Leben. Die Vorbilder fehlen. Die »Welt« (5.12.97) berichtet von einer Veranstaltung mit dem Journalisten Lindlau über »eine zunehmende Kriminalisierung der Oberwelt. Gerade in Hamburg werden Unterweltfiguren mit Blut an den Händen von der besten bürgerlichen Gesellschaft hofiert.« Dürfen wir uns dann wundern, wenn 55.000 Wähler-Innen (4,9 Prozent DVU, 1,9 Prozent Republikaner), überwiegend Protestwähler, die Schnauze voll haben von den ach so schönen Hamburger Lebensverhältnissen? Was soll das Geschwätz von Law and order, wenn die Werktätigen lesen, hören und am eigenen Leibe erfahren, wie Unternehmer und deren Verbandsvertreter sich der für sie geschaffenen bürgerlichen Steuergesetzgebung maßlos selbstbedienen, sich mit Tarifbruch brüsten, Gesetze brechen, ihre Pleiten vor dem Richterstuhl zelebrieren und sich dann noch aufregen und empören über aggressive Bettelei auf dem Jungfernstieg und zunehmende Gewaltbereitschaft?

Diese Heuchler und deren politischen Gefolgsleute demontieren ihren eigenen bürgerlichen Staat, demonstrieren Macht und üben diese schamlos aus. So einfach ist das. Dagegen hilft kein Moralisieren – die Kohl-Regierung ist für die »große Krise der gesellschaftlichen Moral verantwortlich« (IGM-Zwickel in Bergedorfer Zeitung, 7.11.97) – sondern da hilft nur Kräftesammeln von Menschen, die diese Zustände bekämpfen und beseitigen wollen.

Erstaunlich ist aber nicht nur, wie die GAL ihr Verhandlungsergebnis schönredet, sondern wie schnell sie sich den Politjargon der Volksparteien aneignet: »Politische Identitäten sind wichtig, müssen aber realen Veränderungen angepaßt werden.«, »Erschwerte Rahmenbedingungen«. »Engere Handlungsspielräume«. Der offenen und verständlichen Sprache der Gründerjahre folgt jetzt mehr und mehr die des Vernebelns, Verschleierns und Anpassens. »Mit der SPD wird es einen Machtwechsel geben, aber einen Politikwechsel wird es nur mit uns geben« (Welt, 17.11.97) -wenn Hamburg den Probelauf und den Beweis liefern sollte, dann war er noch sehr dürrtig, Herr Fischer.

Wie weit die Anpassung der politischen Identität an die realen Veränderungen gediehen ist, zeigt beispielhaft die neue GAL-Haushaltsexpertin Anja Hajduk, die laut »taz hamburg« vom 6.2.1998 mit ihrer »Sachkompetenz« im Rathaus für Furore sorgte. Das Jubelportrait in der »taz« charakterisiert sie so: »Erst vor zwei Jahren trat sie den Grünen bei. Auf dem Realo-Ticket schaffte sie locker Listenplatz 15.(...) Für Verunsicherung sorgt Anja Hajduk manchmal, weil ihr kein politisches Markenzeichen anklebt – ihr fehlt eine eindeutig bestimmbare politische Vergangenheit. Unschärflich bleibt zuweilen auch ihr inhaltliches Profil: Wofür sie eigentlich genau steht, kann ich bisher nicht so genau erkennen« meint ein Fraktionskollaborateur. () Tatsächlich steht Anja Hajduk

tion, engagiert ans Werk macht.« Na dann, viel Spaß mit dem Fischerschen »Politikwechsel«, ballastfrei, aber engagiert!

Gleiches gilt auch auf angestammtem Gebiet. Über Umwelt, Naturschutz und Atomkraft wurden im Grundlagenvertrag nur vage Festlegungen getroffen. So wollen sich die Koalitionspartner »um eine Verständigung über die Kündigung« des Gesellschaftsvertrages mit der HEW »bemühen« – wenn ein neuerliches Gutachten den günstigen Kostenvergleich von Gaskraftwerken bestätigen sollte.

Der Hamburger Hauptbahnhof wird gefegt...

Bürgermeister und Politiker versprechen fast täglich, dafür zu sorgen, daß die Jugendlichen von der Straße kommen und damit nicht Nachwuchs und Hintergrund für jeutige und zukünftige Drogen-, Alkohol-, Prostitutions- und Armutsszene abgeben. Aber ohne, daß die Ursachen beseitigt werden, bleiben alle noch so »gutgemeinten« Hilfen Stückwerk. Dazu einige Beispiele:

◆ Alle »herumstreunenden« Jugendlichen sollen am Hauptbahnhof verschwinden und an die Werkbank, aber der Bürgermeister lehnt aus Rücksicht auf den Standort Hamburg eine regionale Ausbildungsplatzabgabe ab, damit die Hansestadt nicht als wirtschaftsfeindlich gegenüber den anderen Bundesländern abgestempelt wird und damit gegebenenfalls weitere Unternehmen verlore.

◆ Die »Einkommensmillionäre«, die so gut wie keinen Groschen an den Fiskus zahlen, bestimmen maßgeblich über die zu erfolgenden Investitionen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Einige Bürgerschaftsabgeordnete haben bei diesen Überlegungen zwar Magenprobleme, Tatsache aber ist, daß das Geld für Schulen und Unis, für Jugendliche und Arbeitslose, für Krankenhäuser und Spielplätze fehlt.

◆ Das Gros der Protestwähler nimmt zu, aber weder Regierung noch Bürgerschaft merken oder wollen es merken, daß weite Teile der Bevölkerung, obwohl sie noch SPD und CDU wählten und Rechtsradikalismus, Hitler und Drittes Reich ablehnen, schon »rechte« Parolen und Gedankengut aufnehmen. Diese künftigen Protestwähler schimpfen schon auf Asylanten und Schwarze, auf Ausländer, Drogenabhängige, Kriminelle, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger – sie treten nach unten statt nach oben.

Die »hehren« Ziele der Sozialdemokraten, sich um Werktätige, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, sich also vorzugsweise um die Ärmeren und Schwächeren in der Gesellschaft zu kümmern, ist zu einer Redensart verkommen. Oder gleiche Bildungschancen für alle, wo wird das noch ernsthaft praktiziert? Wie in Bonn die CDU/FDP, so klammert sich in Hamburg und anderswo die SPD an den Machterhalt, ohne an die Folgen zu denken, die sich aus dem allgemeinen Finanzdesaster auch für ihre Wählerschaft ergeben. Alte sozialdemokratische Positionen gehen über Bord, die sich dann zum Beispiel darin widerspiegeln, daß ein Teil der angestammten Anhänger aus Ausweglosigkeit und Protest die rechten Parteien wählt oder der Wahl fernbleibt.

Die in nächster Zeit auftretenden Schwierigkeiten in der GAL, hervorgerufen vor allem durch Druck von Unternehmerverbänden, Handels- und Handwerkskammer, nämlich innerhalb der Partei die unterschiedlichen Auffassungen im ökonomischen und ökologischen Bereich so oder so in sogenannter Verantwortung entscheiden zu müssen, wird zu

Wie weiter in der GEW?

Die Hamburger GEW zeichnete in den letzten Jahren ein immer enger werdendes Verhältnis zur GAL aus. Aktive Mitglieder und Funktionäre traten in die GAL ein, arbeiteten in deren Bildungsgruppe mit, nicht zuletzt der bis 1996 amtierende Vorsitzende deLorent. Während bis Ende der 80er Jahre immer die SPD die dominierende Kraft in der GEW gewesen war und -meistens unterstützt von der DKP - deren Politik bestimmte, zog sich spätestens ab 1990 die SPD zunehmend aus der Vorstandspolitik zurück und überließ den bis dato oppositionellen Kräften bzw. der ehemaligen DKP das Feld. Hintergrund war natürlich die zunehmende Ebbe im Haushalt und die damit einhergehende Unmöglichkeit, Bildungspolitik durch den Einsatz staatlicher Gelder zu gestalten. Außerdem war aus wahlstrategischen Überlegungen heraus die Gruppe der verbeamteten Lehrer relativ unwichtig, es galt, angesichts der wegbrechenden Arbeitsplätze im privaten Sektor den »Standort Hamburg« für investitionsbereite Unternehmen attraktiv und damit die Arbeitnehmerwähler bei der Stange zu halten.

Mit dem Rückzug der SPD aus der GEW verschlechterten sich naturgemäß die Kontakte zur Behörde und zur Schulsekretarin bzw. dem Senat insgesamt, so daß der Einfluß und die »Erfolge« der GEW immer mehr abnahmen. Um so größer war bei vielen GEW-Mitgliedern und -Funktionären die Hoffnung vor der Bürgerschaftswahl im September 1997, daß ein zu erwartendes gutes Wahlergebnis der GAL in Verbindung mit einem Ausscheiden der Statt-Partei aus der Bürgerschaft (die FDP ist schon seit längerem draußen und bleibt es auch) dem Bildungsbereich größere Aufmerksamkeit und mehr Mittel und damit der GEW wieder mehr Einfluß bringen würde.

Die GAL lehnte sich vor der Wahl auch diesbezüglich weit aus dem Fenster, versprach, keine weiteren Verschlechterungen im Bildungsbereich hinzunehmen, und kündigte an, bei Koalitionsverhandlungen sich für 600 neue Stellen in den Schulen einzusetzen. Die sind auch dringend nötig, da schon seit Jahren kaum noch eingestellt wird und die Bildungseinrichtungen zunehmend von der Personalsubstanz leben. Vor der Wahl wurde sogar gehandelt, daß wahrscheinlich ein GALier und GEWler Bildungssenator würde.

Ein Ausdruck dieser Hoffnungen in der GEW war eine im August von der Hamburger GEW-Führung vorgelegte »Initiative für Bildung und Beschäftigung«, mit der man auf die Koalitionsverhandlungen (man erwartete natürlich: zwischen SPD und GAL) Einfluß nehmen wollte. Kern dieser Initiative war das Angebot an einen zukünftigen Senat, bei den KollegInnen für freiwillige Altersteilzeit werben zu wollen, wenn der Senat bereit sei, mit 1200 neuen Stellen den notwendigen Bedarf in den Schulen abzudecken. Einwände, dieses »Angebot« sei völlig unrealistisch, wurden beiseite gewischt, da man ja – ohne das laut zu sagen – die Forderung der GAL nach 600 neuen Stellen im Kopf hatte, und dahinter wollte man natürlich nicht zurückstehen.

Zerplatzte Illusionen

ausstellte, daß die GAL auf fast allen Gebieten, insbesondere auch im Bildungsbereich, allen Punkten der SPD zustimmte und nahezu vollständig auf ihre eigenen Forderungen, die sie noch im Wahlkampf vertreten hatte, verzichtete. Wie sich herausstellte, ging es der GAL einzig und allein darum, mit der SPD den Senat bilden zu können, einige Senatorenposten zu besetzen und damit an die Pfründe heranzukommen, die mit einer Regierungsbeteiligung verbunden sind. Der politische Ausdruck dieser Haltung drückte sich in der von den GALiern zur Rechtfertigung benutzten Formel aus, es sei darum gegangen, eine große Koalition der SPD mit der CDU zu verhindern. Es gelte jetzt, »in der Regierungsverantwortung« praktische Reformpolitik zu betreiben usw. Als ob es keinen Koalitionsvertrag gäbe, der so detailliert ist, daß es so gut wie gar keinen Spielraum mehr gibt. (Vgl. den Bericht zur Hamburgwahl in dieser Ausgabe.)

Das Entsetzen über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen in Funktionärskreisen korrespondierte mit einer Wut in Teilen der Mitgliedschaft auf die GAL, die sich auf die GEW übertrug. War doch für viele Mitglieder die GEW-Führung in ihrer Wahrnehmung immer mehr zur GAL geworden, so daß jetzt der »Verrat« der GALier auch der GEW angelastet wurde. Die GEW-Führung mußte sich deshalb schleunigst von dem Koalitionsergebnis und der GAL distanzieren, um Austritten in größerem Ausmaß vorzubeugen. Trotzdem ist das GAL-Verhalten für die GEW ein arger Tiefschlag, weil sich bei vielen Mitgliedern jetzt noch mehr als zuvor Resignation breitmacht: Wenn es noch nicht einmal die GAL schafft, mit 14 Prozent der Wählerstimmen etwas zu verändern, wer soll es denn dann noch schaffen? Angesichts dessen wirkte es geradezu zynisch, als eine GAL-Politikerin auf einer GEW-Versammlung auftrat und für den Koalitionsvertrag warb mit dem Argument, es sei zwar manches beschlossen worden, das nicht so gut sei, aber bei der Umsetzung könnten jetzt die einzelnen Schulen versuchen, die Verschlechterungen zu korrigieren.

Bei aller Kritik an der GAL ist aber auch in vielen (Funktionärs-)Köpfen der Gedanke haften geblieben, es sei doch immer noch besser, es gebe eine SPD-GAL-Koalition als eine große Koalition. Dieses Argument des »kleineren Übels« ist allerdings fatal, da es zur Lähmung der eigenen Kampfkraft führen muß, da man ja bei zu lautstarkem Aufbegehren immer befürchten muß, daß die GAL aus der Koalition fliegt und die CDU eintritt. Das heißt, man verzichtet genau auf das einzige, was vielleicht nützen kann: nämlich Druck zu machen, statt dessen folgt die Regierung natürlich dem Druck der leeren Kassen und der Wirtschaft.

Es führt mittlerweile auch bei der GEW kein Weg mehr an der Aussicht vorbei, daß einem niemand mehr helfen kann und daß man sich selbst helfen muß. Denn angesichts eines Schülerzuwachses um zirka 13.500 in den nächsten Jahren und einem beschlossenen Stellenstopp wissen alle, was auf sie zukommt: Arbeitszeitverlängerung, Frequenzerhöhungen, Verdichtung der Arbeit, Verschlechterung der Unterrichtsqualität.

Allerdings ist die Frage mehr als berechtigt, ob man in der Lage ist, überhaupt noch etwas verhindern zu können. Die GEW-Hamburg gilt zwar ob ihrer Tradition und aufgrund der Stadtstaats-Situation als im Bundesvergleich kampfkraftiger

Mitgliedschaft noch jünger und weniger resigniert. Für die (weniger gewordenen) Aktiven in der GEW ist es an solch einer Stelle immer klar, daß man einen Streik ins Auge fassen muß. Dabei heißt »Streik« bei verbeamteten Lehrern ja nicht, mehrere Tage oder gar Wochen streiken zu wollen, sondern bestenfalls einen Tag, da man gar kein Streikrecht als Beamter hat. Es handelt sich also mehr um eine Protestaktion, da man keinen wirtschaftlichen Druck auf den Arbeitgeber ausüben kann, insofern ist die Nähe zu einem Studentenstreik größer als zu einem betrieblichen Streik.

Es hat jetzt allerdings in der GEW eine Diskussion begonnen, ob man nicht neben dem Streik noch andere Mittel in der Hand hält, um den staatlichen Arbeitgeber unter Druck zu setzen.

Die GEW als »Bildungsgewerkschaft«

Die GEW (das heißt die in den alten Bundesländern) ist von ihrer Geschichte her weniger eine Gewerkschaft als ein Bildungsverein. In Hamburg zum Beispiel entstand die GEW aus einer Organisation des Namens »Freunde des vaterländischen Erziehungswesens«, die sich schon in der Kaiserzeit gegründet hatte. Die Hamburger GEW hat von dieser ihr Haus an der Nobeladresse Rothenbaumchaussee geerbt und gilt deswegen bundesweit als vermögend. Dieses Erbe drückt sich aber nicht nur in ihrem Haus, sondern in der ganzen Organisation aus. Ein Teil der Mitglieder sieht in der GEW nicht in erster Linie eine Interessenvertretung, sondern eine Organisation, die in Hamburg die Schul- und Bildungspolitik mitgestaltet. Vor allem mit dem Beginn der Bildungsreformen Ende der 60er Jahre verbanden sich offizielle Hamburger Schulpolitik und GEW-Arbeit immer inniger, was seinen deutlichsten Niederschlag in der Postenbesetzung in der Schulbehörde fand: Kaum ein leitender Schulrat, der seine Karriere nicht in der GEW begonnen hätte, in Hamburger Gesamtschulen bestehen die Schulleitungen nahezu ausschließlich aus GEW-Mitgliedern, in Berufsschulen ist es ähnlich, nur die Gymnasien machen da eine Ausnahme. Ist die GEW einerseits für die Behörde ein schier unerschöpfliches Personalreservoir, so zeigt sich die Behörde andererseits nicht unspendabel der GEW gegenüber: Durch eine über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende Freistellungsregelung für Personalräte zum Beispiel ist es der GEW möglich, einen Großteil ihrer ehrenamtlichen Arbeit über Personalratsfreistellungen zu betreiben.

Dieses innige Verhältnis zwischen staatlicher Schulpolitik und GEW wird in der GEW mit dem Wort »Bildungsgewerkschaft« umschrieben. Damit ist gemeint, daß die GEW zum einen die Beschäftigten im Bildungssektor organisieren und deren Interessen wahrnehmen will, zum anderen eben auch Bildungspolitik mitgestalten will. In Zeiten der Reformen, also in den 70er Jahren vor allem, war dies auch kein Problem, da die bildungsreformerische Forderung nach »Chancengleichheit« sich in etwa mit den zunehmenden staatlichen Ausgaben für die Bildung deckte. Ergebnisse waren u.a. die Errichtung von Gesamtschulen, die Einstellung von Lehrern, die Senkung der Klassengrößen, Änderungen in den Lehrplänen usw.

Seit aber die staatliche Bildungspolitik unter dem Diktat der leeren Kassen steht und das Bildungswesen unter dem Druck konservativer Kräfte einen Rückbau der Bildungsreformen erfährt, laufen die gewerkschaftliche Interessenvertretung und das Mitgestalten von Bildungspolitik immer

mehr auseinander. In vielen Fällen verkommt das »Mitgestalten« dazu, die Sparmaßnahmen erträglicher zu gestalten unter dem Motto »*das Schlimmste verhindern*«, oder es werden unter dem Schlagwort »Modernisierung« Standardverschlechterungen und Sparmaßnahmen den KollegInnen schmackhaft gemacht.

Was sich in anderen Gewerkschaften, zum Beispiel der ÖTV, unter dem Begriff des »*Co-Management*« entwickelt, verbirgt sich in der GEW hinter dem vieldeutigen Begriff »*Bildungsgewerkschaft*«.

Verweigerung der Kooperation?

Die seit ein paar Monaten in der GEW-Hamburg aufgebrochene Kontroverse, ob man in Zukunft bei den abzusehenden weiteren Verschlechterungen für die KollegInnen dazu aufrufen solle, die Kooperation mit der Behörde zu verweigern, rührt damit an den zentralen Nerv des Selbstverständnisses.

Hinter der Forderung nach einem »*Ende der Kooperation*« steht die Einsicht, daß der staatliche Arbeitgeber nur durch das Engagement und die Motivation der KollegInnen sein Ziel erreichen kann. Dieses Ziel heißt, »*Standardsicherung und Leistungssteigerung schulischer Maßnahmen bei sinkenden Mitteln*« durchzusetzen bei gleichzeitiger Anpassung der Schulen an die veränderten Bedingungen. Ein wesentliches Mittel dabei ist die Umsetzung der sogenannten »*Neuen Steuerungsmodelle*« an den Schulen. Damit ist gemeint, daß trotz einer verringerten Aufsicht und Kontrolle seitens der Behörde die einzelne Schule effizienter und effektiver arbeiten soll. Zentrales Instrument dafür sollen in Hamburg die sogenannten »Schulprogramme« werden. Die sind auch hervorgehoben im neuen Schulgesetz verankert, das seit **1.8.1997** in Kraft ist. In ihm werden die einzelnen Schulen und jede(r) Kollegin(e) verpflichtet, sich in einem internen Untersuchungsprozeß über die Stärken und Schwächen der einzelnen Schulen klar zu werden und sich in einem »Programm« zu bestimmten zu erreichenden Zielen selbst zu verpflichten. Erstellung des Programms und dessen Umsetzung werden von der Behörde kontrolliert. Auf diese Weise soll jede einzelne Schule ein »Profil« bekommen, mit der sie dann von anderen Schulen zu unterscheiden ist und demzufolge mit ihnen in Konkurrenz treten kann. Damit einhergehen wird dann auch eine größere Eigenständigkeit, was zum Beispiel die Verwendung von Geldern und die Personalauswahl betrifft. Eine Art Privatisierung sozusagen in öffentlicher Hand.

Daß für solch eine Aufgabe die Kooperation der KollegInnen vonnöten ist, liegt auf der Hand. Damit ist aber auch klar, daß hier ein mögliches Druckpotential vorhanden ist. Allerdings nur, wenn sich an vielen Schulen die KollegInnen relativ einheitlich und bewußt nicht beteiligen. Dagegen treten natürlich zum einen diejenigen auf, die in der Erarbeitung von Schulprogrammen zum Beispiel die Chance sehen, endlich an der Schule etwas verändern zu können, die glauben, sie könnten mit ihrem positiven Engagement im Sinne der SchülerInnen und des Unterrichts mitgestalten. Es gibt ja an jeder Schule von den KollegInnen entwickelte Projekte und Maßnahmen, mit denen man den besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten der einzelnen Schule gerecht zu werden versucht. Oder andere KollegInnen werden einfach nur sagen, es wird ja sowieso ein Schulprogramm geben, laß uns mal sehen, daß es nicht ganz so schlecht wird. Beide Gruppen übersehen, daß eine »*Schulentwicklung von unten*« gar

nicht beabsichtigt ist und auch nicht möglich sein wird, weil sich die Schulentwicklung nach den Vorgaben der Behörde zu richten hat und die sind vor allem an die Punkte »Finanzierbarkeit« und »Effizienz« geknüpft.

Zum anderen sind diejenigen dagegen, die in der Mitarbeit an solchen »Reform«projekten Möglichkeiten für ihr berufliches Fortkommen sehen bzw. deren berufliche Existenz direkt mit Mitgestaltung verknüpft ist, wie zum Beispiel Schulleitungen, Personalräte, für Fortbildung, Freigestellte usw. Wie oben ausgeführt, gibt es davon in der GEW reichlich Vertreter, und deren Widerstand wird naturgemäß der härteste sein.

Mit der Verweigerung ins Abseits?

Natürlich ist das Ganze eine Gratwanderung. Einmal wird immer wieder vorgebracht, mit einer Verweigerungshaltung gebe man sich ins bildungspolitische Abseits, klinge sich aus der aktuellen Diskussion aus und überlasse die »Weiterentwicklung« des Schulwesens der Behörde und den Parteipolitikern. Zum anderen setze man sich mit denjenigen in ein Boot, die sowieso kein Interesse an einer Bildungsdiskussion hätten, denen es nur darum ginge, ihre eigene Bequemlichkeit zu verteidigen und die über die notwendige Veränderung der Schule gar nicht mehr nachdenken wollten. Man verbünde sich sozusagen mit denen, die den Beamtenstatus ausnützten und sich nicht mehr bewegen wollten.

Tatsächlich hat der staatliche Arbeitgeber hier ein Problem, das in der Privatwirtschaft anders zu lösen ist: mit Hilfe von Entlassungen nämlich. Da diese Peitsche bei Beamten nicht zu schwingen ist, wird in Behördenkreisen schon lange nach Wegen gesucht, wie man einerseits die schon beamtete Lehrerschaft motivieren kann, mehr zu leisten, und wie man auf der anderen Seite in Zukunft die Neueingestellten besser unter Druck setzen kann. Da ist man durchaus kreativ: Besoldungserhöhungen nach »Leistung« (sprich: nach Beurteilung durch die Vorgesetzten und nicht nach Dienstalter), Funktionsstellen auf Zeit statt lebenslänglich, Jahresarbeitszeitmodelle statt wöchentlicher Unterrichtsverpflichtungen, unterschiedliche Bewertung von Schulfächern nach »Belastung« sind Beispiele für angedachte Veränderungen.

Am »modernsten« ist man aber bei Neueinstellungen: Seit geraumer Zeit werden neue Lehrkräfte nur noch als Angestellte beschäftigt und das zu Drei-Viertel-Verträgen. In Aussicht gestellt wird eine volle Stellung bei Bewährung und gezeigter Bereitschaft, sich auf alles Mögliche einzulassen. Damit werden in den Schulen zunehmend Zwei-Klassen-Kollegien entstehen: Zum einen die verbeamteten, älteren KollegInnen mit einem höheren Gehalt und zum anderen die Neueingestellten mit der Hälfte des Gehaltes und reduzierter Unterrichtsverpflichtung, aber (erzwungener) voller Leistungsbereitschaft. Das Szenario ist klar: In zehn bis 15 Jahren, wenn die meisten der jetzt noch tätigen KollegInnen pensioniert sein werden, wird die Lehrerschaft aus kündbaren Angestellten mit einem niedrigeren Gehalt bestehen. Dieses SPD-Konzept wird von der GAL auch mitgetragen nach dem Motto: Wir waren schon immer für die Abschaffung des Berufsbeamtentums. Wir sind ja so modern!

Wenn die West-GEW als zur Zeit noch Vertretung hauptsächlich der verbeamteten Lehrerschaft nicht aufpaßt, wird sie als »Bildungsgewerkschaft« in eine Falle hineinlaufen. Sie droht, als Vertretung der »Mitgestaltung von Bil-

dungspolitik« gegenüber den KollegInnen als »Reformpeitsche« aufzutreten, indem sie zur Mehrarbeit auffordert, um die Schulen zu »reformieren«. Natürlich wird sie das in bester Absicht tun, das Ergebnis werden aber nicht bessere Schulen sein, sondern »Profilschulen«, in denen sich die Kollegien über Einsparungen, Personaleinsatz, interne Bewertungen die Köpfe einschlagen werden.

Ein Beispiel hat schon die GEW in NRW geliefert. Das dortige Schulministerium plante eine Untersuchung, um die »tatsächliche Lehrerarbeitszeit« festzustellen, um daraus ein neues Arbeitszeitmodell entwickeln zu können. Dafür sollten KollegInnen bei der Arbeit für die Schule, die nicht in der Klasse stattfindet (zum Beispiel zu Hause), eine Art Stoppuhr benutzen, die sie immer dann drücken, wenn sie was für die Schule tun. Alle Lehrerverbände rochen den Braten und waren dagegen -bis auf die GEW, mit deren Hilfe die Untersuchung jetzt durchgeführt wird. Die Gewerkschaft als Rationalisierungsvorreiter! Eine Gewerkschaft, die in Zeiten des Niedergangs und der »Reformen nach rückwärts« glaubt, als mitgestaltende Kraft auftreten zu können, wird vernutzt und von den KollegInnen auch noch für die Verschlechterungen verantwortlich gemacht werden.

Es wird darauf ankommen zu zeigen, daß sich den staatlichen Plänen zu verweigern nicht gleichbedeutend ist mit dem Verzicht darauf, an den Schulen im Interesse der Schüler und insbesondere im Interesse der Benachteiligten in der Gesellschaft zu wirken, das heißt für die Mehrheit. Dabei wird helfen, daß es zwei Wege der Schulentwicklung geben wird, die zunehmend weniger miteinander vereinbar sind. Den einen, dessen Richtung von Bundespräsident Herzog in seiner Berliner Rede vorgegeben worden ist: mehr Konkurrenz, mehr Elite, weniger Bildung und Ausbildung für die Masse. Den anderen: Entwicklung von Solidarität und die Vermittlung von breiter Bildung für die Mehrheit im Kampf gegen die Selektion nach den Maßstäben von Brauchbarkeit und Verwertbarkeit für den kapitalistischen Wirtschaftsprozess.

Mitgliederschwund und Gewerkschaftsstrategie

Die (linke) Hamburger GEW-Führung steckt in einer durchaus unangenehmen Zwickmühle. Zum einen ist ihr die GAL als Hoffnungsträger abhanden gekommen, was die mögliche Durchsetzung eigener Forderungen angeht. Zum anderen muß sie irgendwann auch mal Erfolge für KollegInnen aufweisen, wenn sie den Mitgliederschwund bremsen will, der sich monatlich in langen Austrittslisten widerspiegelt.

Angesichts des sich abzeichnenden Horrorszenarios (13.500 mehr Schüler ohne neue Stellen versorgen zu müssen) muß sie jetzt versuchen, Widerstand zu entwickeln, um vielleicht das Schlimmste abwenden zu können. Das ist aber gar nicht so einfach, wenn man sich neben den Problemen: Resignation und zunehmende Müdigkeit die oben geschilderte Situation der »Bildungsgewerkschaft« klarmacht. Wie soll man Widerstand entwickeln in einer Organisation, in der ein Großteil gar nicht an Widerstand, sondern an Mitgestaltung interessiert ist? Und dann auch noch in einer Situation, in der die Liste der monatlichen Austritte immer erheblich länger ist als die der Eintritte?

Der naheliegende Schluß ist der Spagat: Vorbereiten eines Streiks und Ablehnung einer Verweigerungsstrategie. Auf den Streik können sich alle einlassen, besonders die aktiven Gewerkschafter, die »Reformer« auch, denn ein Streik dauert

ja nur einen Tag, und denen läßt man ihre Spielweise. Das Problem wird nur sein, daß die Rechnung nicht aufgeht. Da der Niedergang nicht aufzuhalten ist und »Erfolge« kaum durchzusetzen sind, werden die Leute weiter austreten. Die »Reformer« werden die Verschlechterungen mitgestalten und die Gewerkschaftsführung wird die Prügel dafür beziehen. Und sie wird Prügel dafür beziehen, daß sie angesichts geringer werdender Einnahmen den Aktiven Gelder für gewerkschaftliche Projekte kürzen und eventuell sogar Angestellte entlassen muß.

Langfristig gesehen hat die GEW nur eine Chance, wenn sie nicht vernutzt werden will: den staatlichen Arbeitgeber als Gegner wahrzunehmen, sich ideologisch von ihm zu trennen und vor allem diejenigen zu organisieren und deren Arbeitnehmer-Interessen in den Mittelpunkt zu stellen, die jetzt zu verschlechterten Bedingungen eingestellt werden. Als diffuse »Bildungsgewerkschaft« geht sie kaputt. 1.3.98 ■

► ORTMANN & HERBST. HAMBURG

Wie lange noch bestimmen Banken und Unternehmer den Konkurs?

Auf einer Solidaritätsveranstaltung der Belegschaft von Ortman & Herbst (O&H) auf dem Rathausmarkt in Hamburg wurde von dem Sprecher folgendes ausgeführt (Wir geben die Rede auszugsweise und gekürzt wieder): »Das Unternehmen gehört seit vier Jahren zur bayerischen Unternehmensgruppe Kettner, einem Familienunternehmen der Getränkeindustrie, das mit seinen Maschinen zur Flaschenabfüllung und -reinigung sehr gute Marktchancen hatte. Durch den ruinösen kapitalistischen Konkurrenzkampf, dem damit verbundenen erhöhten Kapitaleinsatz und katastrophalen unternehmerischen Fehlentscheidungen ... ist jetzt eine Gesamtunternehmensgruppe mit insgesamt über 2000 Beschäftigten in Rosenheim, München, Dortmund und in Hamburg ins Trudeln gekommen, und so mußte am Donnerstag letzter Woche unser Betrieb in Hamburg Konkurs anmelden.

Die 530 Kolleginnen und Kollegen und ihre Familienangehörigen hier in Hamburg müssen seit vier Wochen auf ihre Löhne und Gehälter warten. Viele Familien sind deshalb natürlich jetzt am Ende.

Viele von uns haben dennoch an einem erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen mit dem ins Spiel gebrachten Investor einer italienischen Unternehmensgruppe gehofft. Das war für viele von uns der bekannte Strohalm zum Rettungsbalken. Dabei waren wir doch nur der Joker beim Poker der Banken um die höchste Profitquote, um beim miesen Geschäft durch die sogenannte Marktvereinigung einen Konkurrenten platzzumachen. Jetzt hat ein Sequester (Zwangsverwalter) die Geschicke in die Hand genommen. Dieser hat schon in anderen Firmen sein Werk erfolgreich verrichtet. So etwa beim Bremer Vulkan und bei der Zeise-Propellerfabrik. Letztere ist heute ein Freizeitzentrum – aber mit Sicherheit nicht für die bei Zeise entlassenen Kollegen .. Für viele unserer Familien steht über dem Wie die der Weiterführung unserer Firma die Glaubwürdigkeit unseres Gesell-

sich für viele von uns die Frage stellen, ob dieses System noch in der Lage ist, unsere Grundbedürfnisse zu befriedigen. Deshalb sind jetzt Bund und Länder gefordert, dafür zu sorgen, daß ein in sich gesundes Unternehmen mit marktfähigen Produkten nicht von einem Konkursverwalter in seine Einzelteile zerlegt wird. Wir brauchen eine Firmenpolitik, durch die die von uns bisher hergestellten Anlagen am Standort Hamburg erhalten werden – denn was für den Wachtelkönig gilt, muß doch wohl auch für 530 Familien in Hamburg gelten. Beide brauchen hier in Hamburg eine lebensfähige Grundlage.

Die Forderungen der Belegschaft an Politik, Banken und Unternehmen sind: Überbrückung der Finanzierungslücke durch öffentliche Bürgschaften, verbunden mit Arbeitsplatzgarantie. Erhalt der Unternehmensstruktur und deren Ausbau für alle Produkte von O&H, Freigabe der seit vier Wochen überfälligen Löhne und Gehälter durch die Banken bzw. den Konkursverwalter, Bemühungen der Wirtschaftsbehörde um einen Investor zur Weiterführung der Produktion. Der Sequester hatte auf der gerade stattgefundenen Betriebsversammlung die Weiterführung der Restproduktion mit zirka 130 Arbeitsplätzen in Aussicht gestellt. Aber mit dieser geringen Anzahl kann eine normale Produktion nicht aufrechterhalten werden. Hilfreich zum überleben könnte auch eine Aufgangsgesellschaft sein, die jetzt ins Leben gerufen werden soll.

Unterstützt daher diese Bemühungen und verhindert, daß wieder ein Betrieb von der Bildfläche verschwindet mit Arbeitsplätzen im produktiven Gewerbe. Denn zu den 530 Arbeitsplätzen kommen noch einmal genauso viele in den Zulieferfirmen, die durch die Schließung von O&H ihre Arbeitsplätze verlieren werden.«

Wir bringen diese Ausführungen, um zu zeigen, daß so manche Illusionen über die Sicherheit der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus schon zerstört sind, aber noch so manche vorhanden sind, die den Widerstand behindern. Es ist richtig, daß der kapitalistische Konkurrenzkampf, der von Banken und Unternehmen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird, die entscheidende Ursache für die Massenarbeitslosigkeit ist. Die unternehmerischen Fehlentscheidungen sind von geringerer Bedeutung. Sie drücken aber auch aus, daß sie selber »Opfer« ihres sonst so verherrlichten Kapitalismus werden können (wenn auch besser abgesichert, als die von ihnen ausgebeuteten Mitarbeiter), aber doch mit empfindlichen Machtverlust. Unternehmerische Fehlentscheidungen (auch als Versagen des Managements bezeichnet) hat es auch in den Jahren der Konjunktur gegeben, haben jedoch kaum die Folgen gehabt wie in der Krise. Die Einbehaltung der Löhne und Gehälter können sich Banken und Unternehmen leisten, solange sie keinen Widerstand zu befürchten haben. Für Banken und Unternehmen sind Konkurse ein profitables Geschäft. Daß sie die Hintergründe der Transaktionen vor uns verschleiern können – liegt an der mangelnden Kontrolle ihrer Tätigkeit durch uns selbst. Auch die Gewerkschaften stehen diesen Mächtigkeiten passiv gegenüber und glauben, durch Entgegenkommen an die Gegenseite die Entwicklung stoppen zu können. Das Gegenteil ist aber der Fall: Das Entgegenkommen an Banken und Unternehmer (der Appell »Eigentum verpflichtet«) ist eine Ermunterung an diese, daß sie keinen wirklichen

Standortpolitik und Standortideologie der Gewerkschaften stützen die Politik der Banken und Unternehmer. Zeigen aber auch auf, was durch völligen Rückzug aus der Verantwortung für soziale Absicherung und Arbeitsmarktpolitik auf die Werktätigen zukommt. Dem sogenannten Wirtschaftsliberalismus – auf den die Politik ohne großen Einfluß ist – werden Arbeiter und Angestellte dem »Gesetz des Stärkeren« geopfert.

Auch sollten wir uns keine Illusionen über die Perspektiven von Auffanggesellschaften machen, sie lindern vielleicht die augenblickliche Notlage, aber sie sind kein Wechsel auf die Zukunft. Schon deshalb nicht, weil mit den Auffanggesellschaften Aufhebungsverträge verbunden sind, die den Verzicht auf Rechte aus Betriebszugehörigkeit usw. zur Folge haben. In dessen Genuß die Mitarbeiter meistens aber auch sonst nicht kommen, weil nach einem Konkurs selten genug Masse, sprich Geld, zur Verfügung steht und das Betriebsverfassungsrecht in Konkursfällen sehr eingeschränkt ist (keine soziale Auswahl, kein Sozialplan, bei Übernahme meistens neue [und schlechtere] Verträge vom neuen Investor).

Die Erklärung, daß die Arbeiterklasse und deren Familien nicht weniger Lebensrechte haben dürften (als der Wachtelkönig), ist insofern interessant, weil sie die Frage aufwirft, die bald eine größere Bedeutung erhalten wird: Wie verhalten wir uns unter kapitalistischen Bedingungen zu Fragen des Autobahnbaus, des Transrapid-Vorhabens, der Ansiedlung von Dasa in Naturschutzgebieten usw. Was hat Vorrang -Arbeitsplätze oder Ökologie?

22.2.1998 ■

► STREIKS IM SPANISCHEN BERGBAU

Hatte Überlebenskämpfe der asturischen Bergleute

Ähnlich wie die Bergleute im März letzten Jahres hier in Deutschland oder die russischen Bergleute, die seit Monaten um ihren Lohn kämpfen, hatten auch die Bergleute in Asturien einen äußerst harten Überlebenskampf führen müssen. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Der Kampf endete mit einem Kompromiß.

Der spanische Kohlenbergbau ist ähnlich unrentabel wie der deutsche. Hier kostet eine Tonne Kohle das vierfache des Weltmarktpreises. Diese Branche kann auch nur mit erheblichen staatlichen Subventionen überleben. Sie belaufen sich auf zwei bis drei Mrd. DM pro Jahr. Auch hier gab es einen schleichenden Abbau. Waren 1990 noch rund 45.000 im Bergbau beschäftigt, so sind es derzeit nur noch rund 25.000.

Das Herzstück des Bergbaus in Spanien liegt in Asturien. Der Hauptbetreiber ist die Bergwerksgesellschaft Hulleras del Norte (Hunosa), die 1967 aus 18 Bergwerken mit über 25.000 Beschäftigten gegründet wurde. Diese Gesellschaft erzielte nie Gewinn und war auf Staatshilfen angewiesen. Allein zwischen 1994 und 1997 wurde sie mit 2,44 Mrd. DM unterstützt. Dieses Geld sollte aber nicht ausreichen und erhöhte sich nun auf 3,45 Mrd. DM. Gleichzeitig wurde die Belegschaft in den letzten fünf Jahren auf 10.000 Bergleute halbiert.

Jede spanische Regierung – egal ob unter Gonzales oder jetzt die konservative unter Aznar – mußte auf die asturischen Kumpel Rücksicht nehmen. Denn neben dem Bergbau befinden sich auch die wichtigsten anderen Industriezweige (wie Stahl, Schiffbau, Rüstung) in einer Krise. Allein im Zeit-

raum zwischen 1991 und 1996 wurden hier 50.000 der insgesamt 361.000 Arbeitsplätze vernichtet. In bestimmten Gegenden gibt es bis zu 40 Prozent Arbeitslosigkeit, und in anderen sind bis zu 80 Prozent vom Bergbau abhängig. In Asturien hat sich daher auch ein enormes Konfliktpotential angesammelt.

Von daher war die Regierung bei der sozialen Ausgestaltung der Arbeitsplatzvernichtung immer kompromißbereit. Bereits im Juli letzten Jahres wurde daher nach achtmonatigen Verhandlungen mit der Gewerkschaft ein Vertrag – der Plan de Carbon – ausgehandelt, der die Senkung der Kohleförderung von derzeit 18 auf 33 Mio. Tonnen bis 2005 vorsieht. Gleichzeitig sollen 7000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Bis zum Jahr 2001 sollen 3400 Kumpel ab 52 Jahre (bislang 55 Jahre) in den Vorruhestand gehen – bei einer hundertprozentigen Nettolohngarantie zwischen 1500 und 3400 DM mit jährlichen Inflationsausgleich. (Durchschnittslohn der Spanier 2400 DM, Rentenalter ab 62 mit 70 Prozent des Nettolohnes. Allein diese erneute Anpassungsmaßnahme kostet den Staat rund sechs Mrd. DM. Darüber hinaus sollen zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen weitere 4.8 Mrd. DM als Strukturhilfen in diese Region fließen.

Dieser Plan de Carbon wurde aber von der Kommission der Europäischen Union abgelehnt. Sie verlangt eine drastischere Reduzierung der Kohleförderung durch Einstellung des Tagebaus, einen drastischeren Belegschaftsabbau, Begrenzung des staatlichen Verlustausgleichs auf 500 Mio. DM und keine Neueinstellungen.

Als die Regierung dem Druck aus Brüssel nachzugeben drohte, traten die 10.000 Kumpel in Asturien am 26. Dezember 1997 in den Streik. Es kam zu massiven Störungen des öffentlichen Verkehrs durch Blockierung von Straßen, Autobahnen und Eisenbahnlinien. Die fast täglichen Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften wurden immer brutaler. Mit Schleudern und Feuerwerkskörpern gingen die Kumpel gegen die Polizei vor. Zur Verteidigung der besetzten Zechen bewaffneten sie sich. Auf der Zeche Maria Luisa richteten die Kumpel sogar selbst gebastelte Raketenwerfer gegen die anrückende Polizei. Als dann ein Kumpel, als er auf der Autobahn nach Madrid eine brennende Barrikade errichtet hatte, von einem Autofahrer getötet wurde, riefen die fünf größten asturischen Gewerkschaften für den 12. Januar zu einem Generalstreik auf. Alle 25.000 Bergleute ehrten somit auf diese Weise ihren verunglückten Kollegen.

Nach über einem Monat Kampf wurde dann dieser Streik beendet. Viele Zeitungen verglichen diese Unruhen an der Biskayaküste mit den großen Bergarbeiterstreiks in Asturien während der spanischen Republik oder später unter der Diktatur Francos, die ebenfalls mit Truppen bekämpft wurden.

Die Regierung mußte dem Druck der Bergleute nachgeben und mit kleinen Veränderungen in etwa den gleichen Vertrag wie vom Juli 1997 unterschreiben.

Hinzu gekommen ist die Neuschaffung von 1060 Stellen als Beitrag zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit. Wie sie das jedoch in Brüssel verkaufen will, kann nicht Sache der um ihre Existenz kämpfenden Bergleute sein.

Aber in Regierungskreisen wurde deutlich, daß man sich auch in der Vergangenheit nicht immer an die Anforderungen der EU gehalten hat. So wurde in den Bergwerken zwar Personalabbau betrieben, aber gleichzeitig die Produktionszahlen leicht erhöht. So wollen sie dann in Brüssel erklären, daß der soziale Frieden auch ein wirtschaftliches Gut sei.

Dortmund, 20.2.1998 ■